

Schule heute

5

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung

43. Jahrgang 2003

K 8050

IGLU-Ergebnis: Lob für die Grundschule

VBE-Umfrage
zur Schulstruktur
ab S. 11

Schule heute

Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt
Gebrüder Wilke GmbH - Druckerei und Verlag
Postfach 2767 - 59017 Hamm
K 8050

VBE



Aus unserer Sicht

Ein Jahr nach Erfurt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein Jahr nach der Bluttat von Erfurt hat der VBE die Landesregierung aufgefordert, den ganzheitlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag von Eltern und staatlichen Institutionen nicht aus den Augen zu verlieren und mehr in Bildung und Erziehung zu investieren.

Viele Schulen haben nach Erfurt ihre Maßnahmen zur Sicherheit und Gewaltprävention aus eigenem Antrieb verstärkt – aber wir alle müssen uns dessen bewusst sein, dass die eigentlichen Ursachen von Gewalt viel tiefer liegen und die Entstehung von Gewalt von der Schule nicht unmittelbar beeinflusst werden kann. Wir brauchen für unsere Kinder Schulen, die Lern- und Lebensraum sind, in dem die Kinder Zeit und Zuwendung finden. Das setzt aber voraus, dass Schulen besser ausgestattet werden.

Die Verschärfung des Waffen- und Jugendschutzgesetzes nach Erfurt ist richtig und wichtig, aber diese Maßnahme geht nicht an die Wurzeln von Gewalttätigkeit junger Menschen. Eskalation von Gewalt – das hat Erfurt deutlich gezeigt – hat viel mit Ausgrenzung und Misserfolg zu tun.

Anderthalb Jahre nach der Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse befindet sich unsere Gesellschaft jedoch in einer Diskussion, die sich vornehmlich um schulische Leistungen und die Verschärfung von Zugangsberechtigungen dreht. Gleichzeitig gibt es einen zunehmenden Lehrstellenmangel und damit eine vorprogrammierte Ausgrenzung junger Menschen. Wer keinen Schulabschluss bzw. keine Lehrstelle bekommt, wird von dieser Gesellschaft gnadenlos als Verlierer und Versager abgestempelt. Wenn aber PISA zeigt, dass ein Drittel der Schüler noch nicht einmal die Kompetenzstufe erreicht, die zur Mindestbewältigung der Lebens- und Berufsaufgaben befähigt, tickt hier eine soziale

Zeitbombe, deren Zündung sich immer weiter nach vorn verlagert, je schlechter die wirtschaftliche Lage wird.

Auch anderthalb Jahre nach PISA ist jedoch nicht zu erkennen, dass Politik auf diese Problematik konsequent reagiert. Hinzu kommt, dass wir unseren Kindern immer weniger das schenken, was sie am nötigsten brauchen: Zeit und Zuwendung. Angeboten werden allenfalls kosten- und personalsparende Betreuungsangebote. Wir brauchen aber mehr Lehrer und zu deren Unterstützung mehr Schulpsychologen und Sozialpädagogen. Die Einstellung von 250 Sozialpädagogen an den Hauptschulen in NRW ist dabei ein richtiger, aber noch unzureichender Schritt.

Es ist zynisch, dass mit gewaltverherrlichenden Videos das große Geld verdient wird und gleichzeitig die Mittel für die Jugendhilfe gekürzt werden, weil das Land die Zuschüsse an die Kommunen kürzt. Die traurige Realität ist doch: In vielen Kommunen hat ein ausgebauter Radweg Vorrang vor dem Erhalt eines Jugendtreffs.

Handwritten signature: Udo Böshammer

Landesvorsitzender VBE-NRW

Klassenfahrten an die ostfriesische Küste

- in Norden und Neßmersiel sowie Orten „hinter den Deichen“
- Jugendgästehäuser mit Halb-/Vollpension
- Zimmer mit DU/WC/Appartement
- Tolle Programme, Wattwanderung, Norderney
- Fahrten per Bus oder Bahn möglich
- Prospekte / individuelle Angebote

Jugendwerk Brookmerland, 26529 Leezdorf
Tel. (04934) 804257 · Fax (04934) 7827
e-mail: Gronewold@Klassenfahrt-Nordsee.de



Aus dem Inhalt 5/2003

VBE-aktiv	3-4
– IGLU: Internationale-Grundschul-Lese-Untersuchung	
Elementarerziehung	5-7
– 6.VBE-Erzieherinnentag	
Berufspolitik	8-9
– Lehrermangel	
– Arbeitsbelastung von Lehrern	
Rechtsfragen	10
VBE-Umfrage zur Schulstruktur	11-14
Aus dem Landtag	15-18
Nachrichten	18
VBE-regional	19-23

Impressum

SCHULE HEUTE - Information und Meinung
erscheint monatlich - mindestens zehnmal jährlich im

VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon (02 31) 42 00 61, Fax (02 31) 43 38 64
Internet: www.vbe-verlag.de, E-Mail: info@vbe-verlag.de

Herausgeber:
Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer,
Erzieherinnen und Erzieher im DBB-NRW,
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon (02 31) 43 38 61-63, Fax (02 31) 43 38 64
E-Mail: info@vbe-nrw.de, Internet: www.vbe-nrw.de

Redaktion:
Albert Bongard (Schriftleiter), Grimmstraße 16,
48268 Greven, Telefon (0 25 71) 37 00;
Anton Antepohl, Udo Beckmann, Herbert Boßhammer

Druck und Anzeigenverwaltung:
Gebrüder Wilke GmbH
Caldenhofer Weg 118, 59063 Hamm

Satz und Layout: Kirsch Kürmann Design
Wittekindstr. 11, 44139 Dortmund

Anschriftenverwaltung:
VBE-Geschäftsstelle
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

Mitglieder erhalten diese Zeitschrift **kostenlos als Verbandsorgan**. Abonnement 17,00 EUR, Einzelheft 1,90 EUR, zuzüglich Versandkosten. Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden.

Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder teilweise, ist nur mit der Genehmigung der Redaktion, die wir gern erteilen, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers bei Zusendung eines Belegexemplares gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der Vorlage einverstanden. Die Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichendes Rückporto beiliegt. Die Besprechung ohne Aufforderung zugesandter Bücher bleibt der Redaktion vorbehalten.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Ansicht der Verfasser wieder und entsprechen nicht in jedem Fall der Redaktionsmeinung.

Redaktionsschluss jeder Ausgabe ist der 1. des Vormonats.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Ständige Beilage: Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr.

Internationale-Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU)

Schulministerin Ute Schäfer hatte am 8. April 2003 nach Düsseldorf eingeladen. Auf dieser Veranstaltung erläuterte der wissenschaftliche Leiter der IGLU-Studie in Deutschland, Prof. Dr. Wilfried Bos (Universität Hamburg), die Ergebnisse der Internationalen-Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU), mit der weltweit das Leseverständnis von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe untersucht worden war. An IGLU nahmen 35 Länder teil. Deutschland landete auf Platz 11.

Ergebnisse in Kurzform:

IGLU liefert eine repräsentative Leistungsbilanz der zum größten Teil 10-Jährigen in den 4. Klassen der 35 Teilnehmerländer (10.000 deutsche Schüler/innen getestet). Das IGLU-Konstrukt ist mit PISA vergleichbar. Untersucht wurden vier Verstehensaspekte (Kompetenzstufen) und zwei Textgattungen (literarische Texte und Informationstexte).

Hierarchie der Kompetenzstufen

	deutsch	international
Stufe I:	93 %	78 %
Stufe II:	87 %	71 %
Stufe III:	82 %	60 %
Stufe IV:	25 %	33 %

Stufe IV = höchste Kompetenzstufe

Deutschland liegt mit dem 11. Platz im oberen Drittel (vergleichbar mit Italien); signifikant besser sind Schweden, England, Niederlande; signifikant schlechter Schottland, Frankreich, Griechenland. Deutschland liegt deutlich über dem Leistungsdurchschnitt der OECD-Länder (Vergleichsgruppe 2).

In Deutschland liegen die Leistungen am Ende der 4. Klasse eng zusammen und auf einem hohen Niveau, d. h. es gibt ausgesprochen homogene und leistungsstarke Lerngruppen. Im Leistungsvergleich zwischen Mädchen und Jungen zeigen sich kaum Unterschiede. Im Umgang mit literarischen Texten und Informationstexten sind ebenfalls keine signifikanten Unterschiede erkennbar.

Die wissensbasierten und textimmanenten Verstehensleistungen sind ebenfalls ausgewogen. Es gibt keine erheblichen Leistungsunterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern, aber zwischen städtischen und ländlichen Regionen.

Handlungsbedarf in den folgenden Bereichen:

- Verbesserung der Elitförderung;
- Minimierung der Ausfälle, Entwicklungspotenziale der Kinder besser nutzen;
- Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozioökonomischem Status (nicht so signifikant wie in S I, aber auf relativ hohem Niveau);
- Übergangsempfehlungen bzw. Zuweisungen zu den einzelnen Schulformen sind nicht gerecht (großer Überschneidungsbereich zwischen den Schulformen; Widerspruch zwischen erreichter Kompetenzstufe und Notenvergabe durch die Lehrer);
- Bildungsstandards sind als Instrumente der Schulentwicklung unerlässlich (Lehrer brauchen einen festen Rahmen, an dem sie sich orientieren können);
- Veränderung der Lehrerausbildung erforderlich (Lehrern fehlen förderdiagnostische Kompetenzen);

- Diskussion über die Sekundarstufe I – Schulstrukturfrage darf nicht tabuisiert werden (europäische Vergleichsländer schneiden am Ende der Grundschule z. T. schlechter ab, dafür aber deutlich besser in S I). Keine Perfektionierung der Auslese, sondern eine Diskussion der Schulstruktur ohne ideologische Scheuklappen ist erforderlich;
- Miserable Ausstattung deutscher Schulen im internationalen Vergleich;
- Verbesserung der Unterrichtsqualität (binnendifferenzierter und individualisierter Unterricht);
- Rechtschreibleistungen mehr als mittelmäßig, obwohl ein Drittel des Deutschunterrichts darauf verwandt wird (Aufwand und Ertrag?!)

Fazit: Am Ende der Klasse 4 haben die Schüler/innen so viel Lesen gelernt, dass sie angemessen weiter lernen können.

Jutta Endrusch, stv. Landesvorsitzende

Prof. Dr. Wilfried Bos, Universität Hamburg, Institut für International und Interkulturell Vergleichende Erziehungswissenschaft u. a.

Zusammenschau

Auch wenn deutsche Grundschülerinnen und -schüler im internationalen Vergleich besser abschneiden als unsere 15-jährigen Schülerinnen und Schüler, bleibt die Qualifizierung der vorschulischen Bildung und der Grundschularbeit – insbesondere auch mit dem Ziel des Ausgleichs sozialer Disparitäten – eine bildungspolitische Aufgabe von zentraler Bedeutung. Die Grundschule als diejenige Einrichtung, die als einzige für die Förderung aller Schülerinnen und Schüler unabhängig von sozialer Herkunft und Vorleistungen zuständig ist, hat eine Funktion, die gerade im Rahmen der derzeitigen Gesamtarchitektur des deutschen Schulsystems von herausragender Bedeutung ist. Was auf der Ebene der Grundschule nicht gelingt, lässt sich offenbar – dies zeigen die PISA-Befunde – auf der Ebene der Sekundarstufe I nicht mehr kompensieren. Vielmehr ist nach den PISA-Befunden davon auszugehen, dass sich die auf der Ebene der Grundschule nicht befriedigend gelösten Probleme auf der Ebene der Sekundarstufe I weiter verschärfen. Das auf der Ebene der Grundschule erreichte Leistungsniveau hat wesentlichen Einfluss auf den weiteren Verlauf von Bildungskarrieren. Insbesondere Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen von IGLU zur unteren Leistungsgruppe gehören, werden den Anschluss an das Lernen der Sekundarstufe I nur mit Mühe finden und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch gegen Ende ihrer Pflichtschulzeit zur ‚Risikogruppe‘ zählen.

Quelle: Erste Ergebnisse aus IGLU... Münster: Waxmann, S. 38

IGLU: Gutes Zeugnis für die Grundschulen

Als „großes Lob für die pädagogische Arbeit an den Grundschulen“ hat der VBE-NRW die Ergebnisse der Grundschul-Leseuntersuchung (IGLU) bezeichnet. Das IGLU-Ergebnis straft alle Lügen, die versucht haben, die Arbeit in der Grundschule als Kuschelpädagogik zu diskreditieren.

Eine der wichtigen Fragen nach diesem Ergebnis lautet: Wie lange sollen Kinder gemeinsam lernen, um sie optimal fördern und fordern zu können? Damit ist unweigerlich die Frage nach der Schulstruktur aufgeworfen.

Die Grundschule ist die einzige real existierende Schule für alle: Sie schafft es anscheinend besser, auf die heterogene Situation in den Klassen einzugehen als die Schulformen der Sekundarstufe I, die die Schüler schon ‚vorsortiert‘ erhält. Auch Bildungsforscher Jürgen Baumert („Mr. PISA“) hat erklärt, dass die frühzeitige Aufteilung die soziale Selektion erhöhe und die Förderung schwacher Schüler erschwere.

Das Ergebnis der IGLU-Studie ändert aber nichts daran, dass die Investitionen im Schulbereich in Deutschland im Vergleich mit dem OECD-Schnitt zu sehr auf den Bereich der Sekundarstufe II gerichtet sind. Zudem ist erwiesen, dass signifikant bessere Leistungen erzielt werden, wenn die Lerngruppenstärke unter 20 Schülern liegt. Deshalb bleibt trotz IGLU die Forderung bestehen, dass kleine Kinder mehr Lernzeit brauchen und mehr Geld in den Grundschulbereich investiert werden muss.

Die Ergebnisse belegen die gute Arbeit in den Grundschulen. Das ist umso erfreulicher, wenn man bedenkt, dass wir im OECD-Vergleich geringere Lernzeiten und geringere Investitionen im Primarbereich haben.

Aus Sicht des VBE zeigt die IGLU-Studie aber auch, dass Kinder in Deutschland zu spät eingeschult werden. Sie sind im Schnitt ein Jahr älter als ihre Mitschüler/innen in den Spitzenländern. Deshalb müssen wir über eine frühere Einschulung nachdenken.

Das heißt aber nicht, dass die Inhalte des 1. Schuljahres vorweggenommen werden sollen. Vielmehr sollte eine Klasse vorgeschaltet werden, in der die Kinder durch eine Doppelbesetzung mit Sozialpädagogen und Lehrkräften nach ihren individuellen Fähigkeiten gefördert und zur Schulreife geführt werden. Das VBE-Modell der Starterklasse ist hier richtungsweisend.

„Wir müssen unser Bildungssystem endlich vom Kopf auf die Füße stellen, wenn wir auf der Rangliste noch weiter nach vorne kommen wollen“, fordert der VBE. „Und: Wer weiter dem Selektieren das Wort redet, statt die Konsequenzen aus PISA und IGLU zu ziehen, vergeudet Potenziale sowohl der leistungsschwachen als auch der leistungsstarken Schüler.“

Der VBE warnt die politisch Verantwortlichen davor, nach IGLU zu glauben, man könne im Schulbereich alles beim Alten lassen: „Es gibt noch viel zu tun. Wir sind immer noch nicht Spitze.“

IGLU-Studie erfordert Reform der Schulstruktur

„Grundschullehrern gelingt es aufgrund ihrer Ausbildung offenbar erstaunlich gut, mit der Heterogenität in den Klassen umzugehen, Unterschiede zwischen den Schülern weitgehend auszugleichen und dabei trotz schlechter Rahmenbedingungen gute Leistungen zu erzielen“, kommentiert der VBE die Vorstellung der IGLU-Ergebnisse durch den wissenschaftlichen Leiter der Studie, Professor Wilfried Bos.

Den Ausbildern für die Sekundarstufen I und II kann man nach IGLU nur

dringend empfehlen, eine didaktisch-methodische Anleihe bei den Kollegen für den Primarbereich zu machen.

Auch die Tatsache, dass die Bedeutung von sozialem Hintergrund und Schulleistung in der Grundschule signifikant geringer ist als in der Sekundarstufe I, macht deutlich, dass die Unterrichtsmethoden der Grundschule in die richtige Richtung gehen.

Ausschlaggebend für die guten Ergebnisse ist der abwechslungsreiche Unterricht, in dem verschiedene Unterrichts-

methoden angewendet und alle Schüler mitgenommen werden.

Das Ergebnis der IGLU-Studie ist zudem ein weiterer Beleg dafür, dass die Aufteilung der Schülerinnen und Schüler auf die verschiedenen Schulformen mehr als in Frage zu stellen ist. Deshalb kann sich niemand mehr vor einer neuen Schulstrukturdebatte drücken. Wie auch Professor Bos betont, könne man nach den IGLU-Ergebnissen das gegliederte Schulsystem nicht so beibehalten, wie es zurzeit ist. Bos: „Unser System stellt sich selbst in Frage.“ Die IGLU-Studie habe abermals gezeigt, dass ein Verschieben zwischen den Schulformen sich kontraproduktiv auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler auswirkt.

Der VBE stimmt Schulministerin Schäfer darin zu, dass wir lernen müssen, die notwendige Schulstrukturdebatte zu führen – und zwar ohne ideologische Scheuklappen.

Den Vorstoß des SPD-Landesvorsitzenden Schartau, ein zweigliedriges Schulsystem in die Diskussion zu bringen, begrüßt der VBE als einen Schritt in die richtige Richtung.

BILLIGES GELD FÜR BEAMTE



Selt 35 Jahren im Dienste der Deutschen Beamtenschaft tätig.

LANGFRISTIGE DARLEHEN
bis € 125.000.-, Laufzeiten bis 25 Jahre

RATENKREDITE Laufzeiten bis 84 Monate

auch für kostensparende **UMSCHULDUNGEN**

MASEL BANK Heerstr. 18/20 - 14052 Berlin 19
Postanschrift: 14004 Berlin
Telefon (030) 300 683 - 0 **- SPEZIALBANK -**

Bitte fordern Sie unsere Informationsschrift an. Das ist für Sie kostenlos und völlig unverbindlich.

Bildung und Erziehung beginnen nicht erst mit der Einschulung

6. VBE-Erzieherinnentag: Land muss den Elementarbereich stärken

Überschattet vom Kriegsbeginn im Irak wurde der diesjährige Erzieherinnentag am 20. März im Kongresszentrum der Dortmunder Westfalenhallen. „Dieser Krieg bedrückt uns alle“, er-



VBE-Landesvorsitzender Udo Beckmann

klärte der VBE-Landesvorsitzende Udo Beckmann in seiner Begrüßungsrede an die mehr als 650 Erzieherinnen und Erzieher. „Trotzdem müssen wir uns den Fragen der Berufs- und Bildungspolitik stellen, ohne einfach zur Tagesordnung überzugehen.“ Wie bereits im vergangenen Jahr stehe der Erzieherinnentag deutlich unter dem Eindruck der PISA-Studie. Beckmann: „Eine der Konsequenzen, die aus PISA gezogen wurde, ist, dass seit der letzten Kabinettsumbildung die Bereiche Kindertageseinrichtungen und Schule zu ein und demselben Ministerium gehören. Es ist zu hoffen, dass es nicht bei strukturellen Veränderungen bleibt, sondern die politisch Verantwortlichen weitere Konsequenzen ziehen aus der Erkenntnis, dass Bildung und Erziehung nicht erst mit der Einschulung beginnen.“ Nach PISA habe es kaum ein Statement gegeben, in dem nicht erklärt wurde, welche besondere Bedeutung dem Elementarbereich zukomme im Sinne von Chancengerechtigkeit und Förderung der Sprachkompetenz – besonders mit Blick auf die Förderung von Migranten und sozial Benachteiligten. „Solche Erklärungen ma-

chen aber nur einen Sinn, wenn jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr eine Kindertageseinrichtung besuchen kann – und zwar kostenlos“, mahnte Beckmann. Der VBE-Landesvorsitzende kritisierte die Ankündigung von Ministerin Schäfer, einerseits die Teilnahme an vorschulischen Sprachkursen für Kinder mit Deutsch-Defiziten zur Pflicht zu machen, andererseits aber einen Zwang für alle Kommunen, solche Kurse einzurichten, abzulehnen. „Nur mit halbherzigen Angeboten werden wir nicht aus der Regionalliga in die Bundesliga aufsteigen!“

Beckmann befürwortete die Entwicklung von Bildungsleitlinien für den Elementarbereich, weil dadurch mehr Verbindlichkeit erreicht und der Stellenwert des Elementarbereichs im gesellschaftlichen Bewusstsein erhöht werde. Er kritisierte aber, dass das Ministerium bisher keinen diskussionswürdigen Entwurf vorgelegt habe. „Wenn es um Bildungsleitlinien, die Entwicklung eines Schulfähigkeitsprofils und den Ausbau von

Ganztagsschulen geht, müssen die beiden Systeme Kindertagesstätte und Schule stärker miteinander verzahnt werden. Hier brauchen wir eine gemeinsame Konzeption von Schule und Jugendhilfe.“

Weiterhin kritisierte Beckmann die Praxisferne in der Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher. „Wir haben im Gegensatz zu Finnland in der Ausbildung zunehmend Personal, das selbst nicht in der Lage ist zu erziehen oder eine Kindertagesgruppe zu leiten. Diese Praxisabstinenz ist dringend reformbedürftig! In der Medizin ist es nicht denkbar, dass ein Lehrender eine Operation nicht vormachen kann. Aber Lehrende in der Erzieherausbildung bilden über Jahrzehnte aus, ohne dass sie ihre praktischen Fähigkeiten jemals erneut erproben. Das muss sich ändern. Wir brauchen eine bessere Verzahnung von Lehr- und Ausbildungstätigkeit, von Aus-, Fort- und Weiterbildung.“

Um Kinder ganzheitlich fördern zu



Blick in den randvollen Goldsaal

können und dabei ihre individuelle Lebenssituation und Lernfähigkeit zu berücksichtigen, müsse der eigenständige Bildungsauftrag des Elementarbereichs gestärkt werden, forderte die Leiterin des Referats Erzieherinnen im VBE, Barbara Nolte. Bislang würden sich allerdings trotz der allgegenwärtigen Diskussion um das Thema Bildung in NRW keine Strukturveränderungen zur Verbesserung der Situation im Elementarbereich abzeichnen. Noch immer sei außerdem z. B. die Erzieher-Kind-Relation in den verschiedenen Einrichtungen zu unterschiedlich und entspreche nicht den wissenschaftlichen Erkenntnissen. Zudem müsse – gerade, wenn man den gegenwärtigen Anspruch auf Professionalisierung betrachte – die Erzieherausbildung verändert, d. h. auf europäisches Niveau angehoben werden. „Wünschenswert wäre ein gemeinsames Grundstudium aller Pädagogen an der Universität mit späterer Spezifizierung



Barbara Nolte, Referat Erzieher/innen

wie z. B. in Finnland.“ Für eine qualifizierte Bildungsarbeit seien ferner Aspekte der Kommunikationstechniken, Organisation, Menschenführung, Qualitätsentwicklung und Evaluation, Beobachtung und Diagnostik wesentlich.

Deutliche Kritik übte Barbara Nolte an der „Offenen Ganztagschule“, die den Erzieherinnen und Erziehern als neues Arbeitsfeld in Aussicht gestellt wird: „Die Offene Ganztagschule ist in der jetzigen Form keine Ausweitung des Lebens- und Lernortes für Kinder, sondern eine Mogelpackung, die Betreuung unter dem Dach der Schule in die Hände der Ju-

gendhilfe abschiebt.“

Die geplante Bildungsvereinbarung, so Barbara Nolte, beinhalte eine Chance: „Dem Elementarbereich wird immer Beliebigkeit vorgeworfen – das könnte sich durch die Vereinbarung endlich ändern.“ Last but not least forderte Nolte Festschreibung der Vor- und Nachbereitungszeit.

„Krieg hat auf Kinder zerstörerische Wirkung“, mahnte der Psychologie-Professor Rainer Dollase von der Universität Bielefeld und gab den Teilnehmerinnen des Erzieherinnentages praktische Tipps für ihre Arbeit: „Wenn Kinder über Krieg reden wollen, dann machen sie das situations- und anlassorientiert. Lassen Sie die Kinder erzählen, geben Sie ihnen Sicherheit! Kinder können ganz tiefsitzende Ängste haben. Sagen Sie ihnen, dass der Krieg nicht hier ist, dass wir ihn nicht wollen, dass unsere Regierung ihn nicht will.“

Für Prof. Dollase, der sich seit 1970 mit dem Vorschulbereich beschäftigt, ist das Thema Bildung ein uraltes: „Aber wir tun heute nach PISA auf einmal so, als sei es eine brandneue Erkenntnis, dass man Bildung auch im Kindergarten machen kann!“ PISA habe vor allem eines gezeigt: „Wir haben in Deutschland kein Bildungssystem hingekriegt, das international konkurrenzfähig ist.“ Dafür macht Dollase aber nicht die Politik verantwortlich, „sondern die Experten, die über Dinge reden, von denen sie nichts verstehen“. So macht der Psychologieprofessor auch „eine gewaltige Expertenkrise in unserem Land“ aus. Hoffnung schöpft Dollase aus dem „neuen Stil“, der mit Ministerin Ute Schäfer ins Ministerium eingezogen ist: „Die Vorsicht von Frau Schäfer gefällt mir.“ Dass die Ministerin ihre Vorhaben nicht gegen jeden Widerstand durchziehe und z. B. die flexible Schuleingangsphase verschoben hat, bringe Bewegung in die Bildungsdiskussion. Dollase: „So können wir gemeinsam um die Bildungsleitlinien rin-

gen.“ Vielen Entwürfen läge ein falsches Bild von der Entwicklung eines Kindes zu Grunde, z. B. beim Thema Sprachförderung, zu der Dollase deutliche Worte fand: „Kinder können zwei Sprachen parallel lernen – alles andere ist Quatsch!“ Positiv an der PISA-Diskussion findet Dollase außerdem, „dass Eltern



Prof. Rainer Dollase

www.naturamed.de

Erschöpft? Migräne? Tinnitus? Krankheit "Unbekannt"?

Wir suchen nach versteckten **Krankheitsursachen** und zeigen naturmedizinische Wege zu neuer Kraft. Buchen Sie jetzt einen **Ursachendiagnose-Tag** oder eine **Schnupperwoche**:

88339 Bad Waldsee
Badstrasse 31AL
beihilfefähig für Beamte

NaturaMed
auch für Vitalclinic
Selbstzahler

0 75 24 / 990 - 222

auf ihre Erziehungsverantwortung hingewiesen werden“.

Dollase warnte davor, Eltern in Bezug auf frühkindliche Erziehung zu große Versprechungen zu machen: „Wir haben es bei Bildung und Erziehung damit zu tun, dass wir unterschiedlich veranlagte Kinder tolerieren müssen. Wir können nicht aus allen Akademiker machen.“ Der Elementarbereich sei auch ganz sicher nicht Schuld an den PISA-Ergebnissen, weil Kinder dort etwas ganz anderes lernen würden als in der Schule – und vor allem, weil das Interesse von Erzieherinnen, an Fortbildungen teilzunehmen, riesengroß sei. „Jede pädagogische Welle kommt im Elementarbereich schneller an als im Grundschulbereich.“ Dollase betonte: „Die beste Schulvorbereitung ist ein guter Kindergarten! Kinder lernen im Spiel, sie lernen ganzheitlich und nicht nach Förderplänen.“ So wendete sich Dollase auch strikt gegen die Tendenz zur früheren Einschulung. Schließlich würden selbst im PISA-Musterland Finnland Kinder erst mit sieben Jahren eingeschult. Und: „Ein Jahr früher in der Schule ist ein Jahr eher arbeitslos.“ Wichtig sei in Deutschland ein Bildungssystem mit hoher Flexibilität, das dem Bildungsauftrag des Kindergartens Rechnung trage – und der sei immerhin seit 1972 etabliert.

An den Entwürfen aus dem Ministerium kritisierte Prof. Dollase vor allem, dass sie Versprechen enthielten, die nicht ein-

gehalten werden könnten. „Viele Förderpläne sind von einem Machbarkeitswahn, der im Erzieherischen nicht erfüllt werden kann. Ich wünsche mir mehr Realismus statt dieser Heimwerkermentalität nach dem Motto ‚Machst du dieses, hast du glückliche, perfekte Kinder.‘ Den Zahn muss man ziehen, dass aus jedem Kind alles werden kann!“ Außerdem fehlte den Entwürfen das wichtigste Qualitätskriterium: die Gruppengröße. Zudem seien Förderpläne, die nur zu mehr Verwaltungsaufgaben führten, ein falscher Weg, entscheidend sei das Machen.

Ein wichtiges Anliegen ist für den Psychologieprofessor das Thema „Mehr Praxis für die Ausbilder“. „Wir haben nirgendwo in Europa eine derart darnieder liegende Ausbildung in den pädagogischen Berufen wie in Deutschland. Die Psychologie wird in der Lehrerausbildung vernachlässigt. Wir brauchen eine praxisorientierte Wissenschaft – und die gehört nicht an die Fachhochschule, sondern an jede Universität.“

Den viel diskutierten Qualitätsstandards, Bildungsvereinbarungen und der Evaluation erteilte Prof. Dollase eine deutliche Absage. „Da wird ein uraltes Steuerungssystem für Qualität aus dem Managementbereich auf den Dienstleistungsbereich übertragen – das ist eine Rückkehr in die Planwirtschaft. Aber: Nicht der Förderplan ist entscheidend, sondern das Machen!“

Die geplante Bildungsvereinbarung, die Flexible Schuleingangsphase, die Kooperation von Kindergarten und Grundschule, das Schulfähigkeitsprofil sowie die Sprachförderung stehen nach Aussage von Ministerialrat Breuksch vom Ministerium für Schule, Jugend und Kinder (MSJK) im Mittelpunkt der derzeitigen



Ministerialrat B.-M. Breuksch

Arbeit im Ministerium. Breuksch erklärte, dass die Bildungsvereinbarung im Mai diesen Jahres unterschrieben werden soll. Träger und Land seien auf dem Weg zu einem Konsens. Öffentlich diskutiert werden sollen der offene Bildungsplan und die konzeptionellen Grundaussagen zur Bildung.

Besonderen Applaus gab es für die Frage einer Erzieherin an LMR Breuksch: „Ist das richtig, dass Sie unsere Belange ins Ministerium tragen? Wenn ja: Was erzählen Sie dort?“ Eine wirkliche Antwort blieb der Ministerialrat den Erzieherinnen leider schuldig. Dafür erklärte der VBE-Landesvorsitzende Udo Beckmann in seinem Schlusswort, in dem er sich von Ministerin Schäfer Reformen mit Augenmaß und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen an Kindertagesstätten wünschte: „Liebe Kolleginnen und Kollegen – organisieren Sie sich! Dann transportieren wir vom VBE das für Sie in die Politik!“

**Annette Wenzig,
VBE-Pressereferentin**



Heiße Diskussionen ...



Lehrermangel – Problem Nr. 1 der nächsten Jahre –

In den kommenden Jahren werden laut Prognose des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW mindestens 10.000 originär ausgebildete Lehrkräfte fehlen.

Hauptverantwortlich dafür ist die immens hohe Zahl der Pensionierungen (von 2003 bis 2015 im Umfang von ca. 83.500 Stellen – knapp 55 % der heute besetzten Stellen), der bei einem voraussichtlichen Einstellungsbedarf von rund 67.000 nur 49.000 junge, ausgebildete Lehrkräfte gegenüberstehen werden.

Da man die bis 2002 ausgebildeten, aber noch nicht eingestellten 8.000 Bewerber mit in die Kalkulation einbezieht, bleibt eine Unterdeckung von rund 10.000 Stellen, wobei die Erfahrung eigentlich zeigt, dass mit einem großen Teil dieser Fallgruppe gar nicht mehr gerechnet werden kann, weil diese jungen

Menschen anderswo untergekommen sind und oft nicht mehr an einer Einstellung in den Schulbereich interessiert sind.

Besonders dramatisch wird sich die Situation im Sekundarbereich I entwickeln. Schon bis zum Jahr 2005 werden ca. 4.000 ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer fehlen.

Bereits jetzt werden auf diesem Hintergrund Beurlaubungsanträge nach § 78e LBG von Hauptschulkolleginnen und -kollegen nicht mehr genehmigt, und Versetzungsbewerbern von der Hauptschule fort wird keine Freigabe erteilt.

Wenn dann bis spätestens 2006 auch der Überhang bei ausgebildeten Primarstufenlehrkräften abgebaut sein wird, sind analoge Konsequenzen auch dort unausweichlich.

Dringend geboten ist ein wirksames Programm der Landesregierung zur Lösung dieser Probleme. Seiteneinsteiger schaffen auf Dauer keine Abhilfe, selbst wenn sie vorab qualifiziert und berufsbegleitend unterstützt würden. Ziel darf es nur sein, die Attraktivität des Lehrerberufs durch Verbesserung der Rahmenbedingungen zu steigern und NRW besoldungs- und beamtenrechtlich im Vergleich mit anderen Bundesländern nicht ins Abseits rutschen zu lassen (Öffnungsklausel beim Weihnachts- und Urlaubsgeld!).

Wenn dann unserem Beruf auch wieder das Ansehen zuteil wird, das er verdient, muss man sich sicherlich um Lehrernachwuchs in ausreichender Zahl keine Gedanken mehr machen.

Bruno Quernheim,
stv. Landesvorsitzender

Arbeitsbelastung von Lehrern nicht länger klein reden

Die Arbeitsbelastungen von Lehrerinnen und Lehrern dürfen nicht länger klein geredet werden. Angesichts der Ergebnisse der vom VBE mitfinanzierten Studie zur Lehrerbelastung des Potsdamer Psychologie-Professors Uwe Schaauschmidt, die jüngst in Berlin vorgestellt wurden, muss die Politik die belastenden Arbeitsbedingungen von Lehrkräften endlich zur Kenntnis nehmen, fordert der VBE.

Als besonders belastende Faktoren hatten die von Professor Schaauschmidt be-

fragten Lehrerinnen und Lehrer das Verhalten schwieriger Schüler und die Klassenstärke angegeben. Deshalb hat die Politik endlich dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen an den Schulen verbessert werden. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, dass das Ministerium der Forderung des VBE nachkommt, so genannte „soziale Ansprechpartner“ für Lehrerinnen und Lehrer bereit zu stellen. Im Bereich des Innenministeriums hat ein solches Modell zu mehr Arbeitszufriedenheit geführt.

Gesundheitsförderung sollte bereits in der Ausbildung beginnen. Angehende Lehrerinnen und Lehrer müssen schon dort Strategien erlernen, wie sie am besten mit den Belastungen des Berufs umgehen können.

Für den Lehrernachwuchs ist es laut VBE auch wichtig, dass mehr Realismus darüber in die Berufsausbildung einfließt. Das heißt, es muss frühzeitig deutlich gemacht werden, welche psychischen und physischen Anforderungen der Lehrerberuf mit sich bringt. Studenten müssten deshalb frühzeitig in Praktika prüfen können, ob sie für den Lehrerberuf geeignet sind und ob sie den Belastungen Stand halten können.

Entscheidend ist aber auch, dass Erziehung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen wird und die Wertschätzung des Lehrerberufs wieder ihren ehemaligen Stellenwert bekommt. Kontraproduktiv ist sicherlich, dass wir in den vergangenen Jahren viel Aktionismus, aber wenig Kontinuität in der Bildungspolitik hatten.

Darlehen supergünstig ^{*1)} nominal 2,75% ab 3,16% effektiver Jahreszins
Hypotheken- & Beamtdarlehensdiscounter

Beamtdarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Laufzeit, bei 30.000,- €, mtl. *335,- €, bei 60.000,- €, *669,- € Rate, jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Laufzeit ab Nominal 5,4%, effektiver Jahreszins ab 6,18%, b. 12 Jahre. Superangebote auch zu Ltz. 20 Jahre und 25 Jahre. Kürzere Laufzeit bei Gewinnanteilsverrechnung. ^{*2)} Extradarlehen nominal 2,75% ab 3,16% effektiver Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Annuitätendarlehen, Beleihung bis *100% plus EZZ. Schufafreie Eurokredite bis 100.000,- € mit Tilgungsversicherung. Vorfinanzierung der Eigenheimzulage. Gute Angebote an Angestellte/Arbeitern/D. Sprechen Sie vertrauensvoll mit uns. AK-Finanz wählen – eine clevere Entscheidung. Supergünstige Lebensvers.-Darlehen an Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst.

Ja! Bitte jetzt Info anfordern. Mein Wunsch: _____ €
Name: _____
Straße: _____ Beraterkompetenz mit über 30-jähriger Erfahrung
Ort: _____ Internet: www.ak-finanz.de

Info und Sofortangebote unter Servicenummer
0800/1000 500
Zum Nulltarif!

Darlehenspartner für öffentlich Bedienstete und Beamte, wir wählen für Sie supergünstige Möglichkeiten aus.
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen,
Faxabruf: (06 21) 62 86 09, Telefax: (06 21) 51 94 88, www.ak-finanz.de
Bundesweiter unverbindlicher Beratungsservice z. Nulltarif. Info per Post/Tel.

Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Erhebung des IFS an Schulen

Begleitevaluation der e-initiative.nrw

Hintergrund: Die e-initiative.nrw – Netzwerk für Bildung, die Initiative der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände in NRW zur Förderung des Lernens mit neuen Medien, lässt durch das Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) an der Universität Dortmund in einem zweijährigen Projekt wissenschaftliche Daten an sämtlichen Bildungsgängen in NRW sammeln. Das im September 2001 gestartete Evaluationsprojekt beinhaltet unter anderem eine zweimalige zeitlich versetzte Befragung an Schulen aller Schulformen in NRW und bezieht dabei Schulträger, Schulleiterinnen und -leiter, Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler ein. Ziel des Projektes ist die Erfassung von Ist- und Soll-Zuständen im Arbeitsfeld „Neue Medien im Unterricht“. Mit den Erkenntnissen möchte die e-initiative.nrw im Sinne eines Controlling Hinweise erhalten, inwieweit ihre Arbeit die gesetzten Ziele erreicht und wo sie weitere Schwerpunkte setzen muss.

Gesamtergebnis:

Die ersten aus der Befragung im Sommer 2002 hervorgegangenen Daten zeigen, dass sich Nordrhein-Westfalen in einem Prozess der Verankerung Neuer Medien in Schule und Unterricht befindet, der von allen Beteiligten getragen wird. Die hohen Rücklaufquoten sprechen für ein großes Interesse am Thema Lernen mit Neuen Medien: 86 % der Schulleitungen, je 81 % der Schulträger und Schülerinnen und Schüler, 80 % der Eltern und 48 % der Lehrkräfte nahmen an der Erhebung teil. Auch die von allen Seiten geäußerten Wünsche nach einer besseren IT-Ausstattung belegt ein großes Engagement und Interesse für das Thema.

Ergebnisse im Einzelnen:

1. Bezogen auf die Lehrkräfte zeigen die Ergebnisse, dass die Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen den Neuen Medien gegenüber aufgeschlos-

sen sind, sich fortbilden und Computer und Internet im Unterricht einsetzen.

2. Schulen und Schulträger unternehmen große Anstrengungen, um die Neuen Medien in der Schule zu verankern. Der Grad der Ausstattung der Schulen ist noch nicht ausreichend, aber mit einem Schüler-Computer-Verhältnis von 18:1 schon bemerkenswert hoch, so das Urteil des IFS.

3. Unterricht mit Neuen Medien findet in vielen Schulen in NRW statt. Vor allem in den Grundschulen, in denen zu meist Medienecken in den Klassenräumen eingerichtet sind, ist der Computer in erstaunlich hohem Maße im Unterricht verankert. In den weiterführenden Schulen, die zu einem großen Teil über Computerräume verfügen, findet dies keine lineare Fortsetzung. Allgemein beurteilen die Lehrerinnen und Lehrer die Wirkung Neuer Medien positiv und stel-

len eine Veränderung des Unterrichts fest, was auch vonseiten der Schülerinnen und Schüler bestätigt wird.

4. Schülerinnen und Schüler wie auch die Eltern sind sehr am Unterricht mit Neuen Medien interessiert.

5. Die Evaluation bestätigt das Ergebnis der PISA-Studie, wonach ein enger Konnex besteht zwischen dem Bildungsniveau der Eltern und dem angestrebten Schulabschluss der Kinder. Kinder aus bildungsfernen Schichten haben weniger Zugang zu PC und Internet – nicht nur zu Hause, sondern auch in der Schule.

6. Die e-initiative.nrw unterstützt den Prozess der Verankerung Neuer Medien im Unterricht. Ihre lokale Unterstützungsstruktur, die e-teams.nrw, leisten nach Aussage der Schulleitungen und Schulträger eine wirksame Arbeit.

Leserbrief zu „Schule heute“ 4/2003, S. 14 Bericht: Neue Medien – der „Königsweg ...?“

Sehr geehrte Redaktion!

Ich bin Schulleiter einer Grundschule, die sich jetzt auf die 1 1/2 -Zügigkeit zu bewegt – allerdings mit großen und nicht teilbaren Klassen. Zu den neuen Medien bin ich gekommen wie wahrscheinlich viele Schulleiter: Weil unser damaliges Ministerium (wie hieß es denn noch?) seine Statistiken auf elektronischem Wege haben wollte und uns in Crash-Kursen zum Lernen verdonnerte. Ich habe Gefallen daran gefunden, nutze sie privat, ehrenamtlich, für die Unterrichtsvorbereitung und möglichst auch im Unterricht. Die dritten und vierten Klassen sind mit je 3 - 4 PC am Netz, Scanner und Laserdrucker stehen zur Verfügung, auch eine Digitalkamera kann eingesetzt werden. Jetzt beginnen wir damit, auch die an-

deren Klassenräume mit Computerecken und für den internet-Zugang einzurichten. Software zum Lernen ist vorhanden, allerdings könnte es damit besser sein.

Aber wie sieht es im Kollegium aus? Eine Kollegin hat gerade die Pension erreicht, eine zweite ist zum Sommer nächsten Jahres soweit; Tenor: Aber mit uns doch nicht mehr! Vier Kolleginnen besitzen zwar einen PC, haben auch geringe Kenntnisse, nutzen ihn aber so gut wie gar nicht; eine weitere lehnt den Umgang mit den neuen Medien geradezu als verwerflich ab (hat zu Hause trotz zwei Kindern nicht mal einen Fernseher!). Bleiben noch eine Kollegin und ein Kollege (der macht allerdings eine Mutterschaftsvertretung), die PC-Arbeit und internet-Nutzung in den Unterricht einbeziehen – nur sie wird das kommende

1. Schuljahr übernehmen müssen und seine Tage bei uns sind gezählt.

Herausforderungen an das deutsche Bildungssystem? Es gilt noch eine Menge Überzeugungsarbeit bei Lehrer/innen zu leisten, dass Lernen ohne den Einsatz der elektronischen Medien gar nicht mehr zu leisten ist. Vielleicht geht es auch nicht ohne Verpflichtung zur Nutzung der Medien? Und es gilt Kinder, Eltern und Lehrer/innen zu überzeugen, dass das Wissen darum, wo man sich Information (Wissen) beschaffen kann, ein wesentlicher Teil schulischen Lernens sein muss.

Mit freundlichen Grüßen

**Rolf Schüttelhöfer,
Coesfeld**



Das VBE-Rechtsschutzverfahren

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

einer der GUTEN GRÜNDE Ihrer Mitgliedschaft im VBE ist die Rechtsberatung bis hin zum gerichtlichen Rechtsschutz durch den Verband.

Um Ihnen den Weg zu einer kompetenten Rechtsberatung zu erleichtern, möchten wir mit dieser Veröffentlichung einen Überblick über das Rechtsschutzverfahren des VBE geben.

Falls im Rahmen Ihrer vielfältigen dienstlichen Tätigkeit ein rechtliches Problem auftritt, steht Ihnen im außergerichtlichen Bereich der Justiziar des VBE, Rechtsanwalt Martin Kieslinger, als Ansprechpartner zur Verfügung.

Die allgemeine Rechtsberatung des VBE ist täglich von 9:00 Uhr – 17:00 Uhr (freitags bis 15:00 Uhr) telefonisch unter 0231/ 43 38 61 oder per E-Mail unter m.kieslinger@vbe-nrw.de erreichbar.

Darüber hinaus besteht nach vorheriger Vereinbarung die Möglichkeit einer persönlichen Rechtsberatung in der Landesgeschäftsstelle des VBE.

Falls ein gerichtlicher Rechtsschutz im Rahmen eines Zivilrechtsstreits, Verwaltungs-, Straf- oder Disziplinarverfahrens

erforderlich wird, haben Sie die Möglichkeit, einen schriftlichen Rechtschutzantrag an die Landesgeschäftsstelle zu richten.

Der Antrag wird dann unverzüglich an die monatlich tagende Rechtsschutzkommission weitergeleitet, die darüber entscheidet, ob ein Rechtsschutz gewährt werden kann.

Hilfreich für eine schnelle Bearbeitung ist es, wenn Sie dem formlosen Antrag die bisherige Korrespondenz in Ihrem Streitfall beifügen.

Bei der Rechtsschutzgewährung sind folgende Umstände entscheidungsrelevant:

- Erfolgsaussichten der Klage
- Dienstlicher Bezug der Angelegenheit

Die Erfolgsaussichten und der dienstliche Bezug sind immer abzuwägen, da ein Prozess aus Ihren Mitgliedsbeiträgen finanziert werden muss.

Wird der Rechtsschutz gewährt, können Sie sich entweder an einen Rechtsanwalt Ihres Vertrauens wenden, oder Ihnen wird ein spezialisierter Rechtsanwalt durch den Deutschen Beamtenbund zur Verfügung gestellt.

Aus Satzungsgründen muss aber grundsätzlich der Rechtsschutz gewährt sein, bevor es zur Konsultation eines Rechtsanwalts kommt.

Für Fragen zum Rechtsschutz steht Ihnen Herr Kieslinger als Ansprechpartner zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Albert Hohenlöcher,
Leiter der VBE-Rechtsschutzstelle

Musterantrag:

VBE-Landesgeschäftsstelle
Westfalendamm 247

44141 Dortmund

Antrag auf Rechtsschutz

Hiermit stelle ich einen Antrag auf Rechtsschutz durch den VBE.

Meine Mitgliedschaft besteht seit:

Dem Rechtsschutzantrag liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

Alles Weitere entnehmen Sie bitte den beigefügten Anlagen.

Für Rückfragen stehe ich unter folgender Telefonnummer/E-Mail Adresse zur Verfügung

Unterschrift _____

Datum _____

Anlagen _____



Klassenfahrten nach Berlin

(Incl. Transfer, Unterkunft,
Programmgestaltung nach Absprache)

Broschüre anfordern bei:

Biss, Freiligrathstr. 3, 10967 Berlin,
Tel. (0 30) 6 93 65 30

VBE-Umfrage zur Schulstruktur



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

TIMMS, PISA, IGLU und PIRLS haben gezeigt, dass Deutschland und insbesondere NRW international nicht zu den Spitzenreitern zählen, obwohl sich Lehrerinnen und Lehrer jede erdenkliche Mühe geben.

Die Politiker müssen erkennen, dass halbherzige Konzepte wie „Flexible Schuleingangsphase“, „Offene Ganztagschule“ und „Gemeinsamer Unterricht“ uns nicht auf die Spitzenplätze der internationalen Rangliste bringen können.

NRW braucht endlich ein schlüssiges Gesamtkonzept. Dazu gehört auch die Frage nach der Schulstruktur.

Der VBE will aktiv mitgestalten. Deshalb wollen wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, durch die nachfolgende Befragung

an der Entwicklung neuer Konzepte beteiligen.

Der folgende Fragebogen soll die Probleme eingrenzen und die Richtung für eine neue Schulstrukturdebatte aufzeigen. Sie als Fachleute sollen den Weg weisen, den der VBE gehen soll! Dazu brauchen wir Ihre Meinung. Diese wird der VBE den Politikern gegenüber vertreten.

Lesen Sie sich bitte den folgenden Fragebogen erst ganz durch. Füllen Sie dann in einem zweiten Durchgang den Fragebogen aus. Senden Sie uns den ausgefüllten Fragebogen umgehend zu. Nur so ist gewährleistet, dass Ihre persönliche Meinung über uns, den VBE, Einfluss auf die politischen Entscheidungen nimmt!

VBE-Fragebogen zur Schulstruktur

Vorschläge der Bildungspolitiker	Meine Meinung		
	Ja	Nein	Weiß nicht
<p>I. Das eingliedrige Schulsystem</p> <p>Analysen der Bildungsstudien verweisen darauf, dass die erfolgreichen Länder ein integratives Schulsystem besitzen, in dem u. a. das möglichst lange gemeinsame Lernen unterschiedlicher Begabungen ausschlaggebend ist für den Lernerfolg.</p> <p>1. Die führenden Länder der Vergleichstudien arbeiten in einem durchgängig integrativen System mit heterogenen Lerngruppen, die durch Binnendifferenzierung, individualisiertes Lernen und entsprechende Unterstützungssysteme gefördert und gefordert werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unter diesen Bedingungen ist eine einzige Schulform für alle Schüler sinnvoll. <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Weiß nicht <p>2. Durch einen möglichst langen Zeitraum des gemeinsamen Lernens können sowohl leistungsstarke als auch leistungsschwache Schüler/innen am besten gleichmäßig gefördert und gefordert werden. Deshalb sollte</p> <ul style="list-style-type: none"> • die gemeinsame Schulzeit 10 Jahre dauern, um danach in eine Oberstufe (beruflicher oder gymnasialer Bildung) zu wechseln. <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Weiß nicht • die gemeinsame Schulzeit 8 Jahre betragen, bevor eine Selektion nach angestrebten Abschlüssen erfolgt. <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Weiß nicht • die Grundschulzeit auf 6 Jahre verlängert werden, damit die Selektion nicht zu früh erfolgt. <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Weiß nicht • die vierjährige Grundschulzeit bestehen bleiben. <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Weiß nicht 			
<p>II. Das zweigliedrige Schulsystem</p> <p>Aus den PISA-Ergebnissen lässt sich ableiten, dass eine geringere Gliederung des Schulsystems effektivere Schülerleistungen hervorbringt.</p> <p>1. Daher ist es folgerichtig, die Hauptschule, die Realschule und die Gesamtschule abzuschaffen. Das Schulsystem sollte nur noch aus 2 Säulen bestehen: einem Gymnasium und einer Sekundarschule, die alle anderen Schulformen zusammenfasst. <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Weiß nicht</p> <p>2. Die Durchlässigkeit zwischen diesen beiden Säulen des Schulsystems muss gegeben sein. <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Weiß nicht</p>			

	Ja	Nein	Weiß nicht
III. Das dreigliedrige Schulsystem			
Mit der Einführung der integrierten Gesamtschule wollte man u. a. der demografischen Entwicklung und der speziellen Situation einzelner Regionen Rechnung tragen. Ziel war es auch, in einer Schule für alle die Schülerinnen und Schüler optimaler als im gegliederten Schulwesen zu fördern und zum höchstmöglichen Abschluss zu führen.			
1. Die bestehende Gesamtschule hat die erwarteten Ergebnisse nicht gebracht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Die Gesamtschule hat nie die Chance gehabt, die von ihr erwarteten Ergebnisse zu erbringen, weil sie in Konkurrenz zu den anderen Schulformen stand.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Die Realschule hat sich als Schulform profiliert.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Die Hauptschule hat den Stempel der Restschule erhalten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Es ist sinnvoll Gymnasium und Realschule bestehen zu lassen und Haupt- und Gesamtschule zu einer neuen Schulform zusammenzuführen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
IV. Das viergliedrige Schulsystem			
Die Befunde von PISA und PISA-E können nicht ohne weiteres in die Fläche übertragen werden. Es muss vielmehr den regionalen Unterschieden der einzelnen Bundesländer Rechnung getragen werden.			
1. Das derzeitige System mit HS, RS, GY und GE ist durchaus geeignet, alle Begabungen optimal zu fördern und die besten Leistungen zu erzielen.			
• Deshalb sollte das viergliedrige Schulsystem bestehen bleiben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. In diesem viergliedrigen Schulsystem muss man dafür sorgen, dass die richtigen Schüler/innen in die richtige Schulform kommen. Deshalb sollten			
• verbindliche Empfehlungen der Grundschulen für die weiterführenden Schulformen ausgesprochen werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• bestimmte Notendurchschnitte als Voraussetzung für die Aufnahme in die einzelne weiterführende Schulform vorgegeben werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• Aufnahmeprüfungen an den jeweiligen weiterführenden Schulen durchgeführt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vorschläge zu weiteren Strukturveränderungen:			
I. Schuleingangsphase			
Ein Blick in unsere europäischen (erfolgreichen) Nachbarländer zeigt, dass sie über ein flächendeckendes und hochqualifiziertes Angebot im Elementarbereich verfügen. Diese Systeme laufen z.T. bereits mit der Geburt bzw. mit dem 2. Lebensjahr an und weisen eine knapp 100-prozentige Inanspruchnahme auf.			
Die Leistungen unseres gesamten Schulsystems könnten im internationalen Vergleich gesteigert werden, wenn eine Förderung schon vor Eintritt in die Grundschule erfolgen würde.			
Dies könnte erreicht werden durch			
• einen erweiterten Bildungsauftrag der Kindertagesstätten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• einen 3-jährigen kostenfreien Besuch des Kindergartens.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• einen verpflichtenden Besuch des letzten Kindergartenjahres.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• die Einführung des VBE-Modells der „Starterklasse“ für alle 5-Jährigen. ...	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• zentrale Tests zur Erfassung der deutschen Sprachkenntnisse.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• verbindliche kostenfreie Sprachförderkurse vor Schuleintritt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• die Formulierung eines Schulfähigkeitsprofils.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	Ja	Nein	Weiß nicht
<h2>II. Sonderpädagogische Förderung</h2> <p>Sonderpädagogische Förderung wird auch in den Ländern, die an den Bildungsstudien beteiligt waren, in unterschiedlichen Strukturen organisiert. Eine verlässliche Untersuchung der Effizienz liegt nicht vor.</p> <p>Sonderpädagogische Förderung muss sich in Organisation, Konzeption und Inhalt ausschließlich an den individuellen Förderbedürfnissen der Kinder und Jugendlichen mit nachgewiesenem besonderen Förderbedarf orientieren.</p> <p>Daher sollte die Förderung von Schüler/innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf</p>			
• in möglichst wohnungsnahen, förderschwerpunktbezogenen speziellen Sonderschulen erfolgen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• ausschließlich im Gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder an den Regelschulen durchgeführt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• an Regelschulen in sonderpädagogischen Fördergruppen oder Sonderklassen stattfinden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• an Förderschulen mit 2 oder 3 Förderschwerpunkten in organisatorischer Einheit erfolgen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• durch eine Quotenfestlegung bei der Ermittlung des sonderpädagogischen Förderbedarfs begrenzt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<h2>III. Tägliche Schulzeiten</h2> <p>In den meisten erfolgreichen (europäischen) Vergleichsländern wird Schule als Ganztagsbetrieb organisiert, wobei die effektive jährliche Unterrichtszeit in der Regel nicht höher liegt als an unseren Halbtagschulen.</p> <p>Die Leistungen der Schüler/innen könnten gesteigert werden, wenn man an unseren Schulen</p>			
• einen verpflichtenden Ganztagsbetrieb einführen würde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• den bestehenden Ganztagsbetrieb einheitlich auf 4 Nachmittage ausdehnen würde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• ein flächendeckendes Angebot an Hausaufgabenbetreuung und Förderkursen am Nachmittag einrichten würde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• allen Schüler(n)/innen ein Betreuungsangebot für Hausaufgaben und Freizeitgestaltung zur Verfügung stellen würde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<h2>IV. Schulabschlüsse</h2> <p>Eine Schwäche unseres derzeitigen Schulsystems sind die nicht äquivalenten Abschlüsse, die auch innerhalb einer Schulform stark differieren. Diese systemimmanente Ungerechtigkeit bringt Schüler/innen um Lebenschancen, da die Abschlüsse zudem von der Arbeitswelt nicht mehr anerkannt werden.</p> <p>Für eine bessere Chancengerechtigkeit, Vergleichbarkeit und Systemtransparenz sollten</p>			
• nationale Bildungsstandards vorgegeben werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• zentrale Abschlussprüfungen über die Vergabe von Schulabschlüssen entscheiden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• alle 2 Jahre zentrale Lernstandserhebungen durchgeführt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
• die regelmäßige Beurteilung der Schüler/innen an das Erreichen bestimmter Lernstandards gekoppelt werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Für eine detaillierte Analyse benötigen wir nun noch Angaben zu Ihrer Person.

Name / Vorname

1. Wo unterrichten Sie?

Grundschule

Hauptschule

Gesamtschule

Sonderschule

2. Zu welcher Altersgruppe gehören Sie?

bis 35 Jahre

36 – 50 Jahre

51 – 65 Jahre

3. Welchen Status besitzen Sie?

LAA/Student

Erzieher/in, Sozialpädagoge/in

Lehrer/in

Konrektor/in

Rektor/in

Sonstige

4. Sind Sie VBE-Mitglied?

ja

nein



ÄRZTE OHNE GRENZEN
hilft in mehr als 80 Ländern
Menschen in Not – ungeachtet
ihrer Hautfarbe, Religion oder
politischen Überzeugung.



Bitte schicken Sie mir unverbindlich

- allgemeine Informationen
über ÄRZTE OHNE GRENZEN
- Informationen für einen Projekteinsatz
- Informationen zur Fördermitgliedschaft
- die Broschüre „Ein Vermächtnis für
das Leben“

11103206

Name _____

Geb.-Datum _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Spendenkonto 97 0 97
Landesbank Berlin • BLZ 100 500 00

Sie sind am Ziel!

Schicken Sie uns bitte Ihren persönlichen Fragebogen zu.

Per Post an:

VBE-Landesgeschäftsstelle

Stichwort „Leserumfrage“

Westfalendamm 247

44141 Dortmund

Per Fax an:

0231 – 433864

Bitte beachten Sie den Einsendeschluss: Donnerstag, 05. Juni 2003.

Wir danken Ihnen für Ihre aktive Mitarbeit und werden Ihnen
die Ergebnisse in „Schule heute“ präsentieren.

Bericht: Hermann Grus

An dieser Stelle können Diskussions- und Entscheidungsabläufe aus dem Landtag nur in Kurzform dargestellt werden, soweit diese den schulischen Bereich betreffen. Die Originalanträge, Gesetzesvorlagen und kleinen und großen Anfragen können angefordert werden. Es werden auch Gesetzesvorlagen in der Beratungsphase dargestellt. Sie geben den Mitgliedern vor Ort Gelegenheit, mit den Abgeordneten des Landtags zu diskutieren.

1. Kostenfreiheit des Bildungsangebotes von Tageseinrichtungen für Kinder (Antrag der FDP Drs. 13/3716)

Die Förderung von Kindern in den Kindertagesstätten wird seit Jahren von allen Verantwortlichen als die erste Stufe des Bildungswesens bezeichnet. Daher ist es nach Auffassung der FDP nur konsequent, den Besuch der Einrichtungen, in denen die Kinder die Grundförderung für die weitere Bildungslaufbahn erfahren, kostenfrei zu stellen. Dieser Schritt bedeutet letztlich nur die Gleichstellung mit dem Besuch aller anderen Bildungseinrichtungen. Die Überlegungen, in den Tageseinrichtungen verpflichtende Sprachförderangebote einzurichten, ja das letzte Kindergartenjahr zur Pflicht zu machen, verstärken diese Initiative.

Der Landtag ist diesem Antrag nicht gefolgt, er wird dem Schulausschuss zur weiteren Beratung und Entscheidung in öffentlicher Sitzung überwiesen.

2. Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen stärken! – Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung – (Antrag SPD – Bündnis 90 / Die Grünen Drs. 13/3710)

Der Antrag geht von einer „seit längerer Zeit bewährten Tradition hin zur Integration und damit zu integrativen Formen der sonderpädagogischen Förderung in Schulen“ aus.

Die erreichten Anteile dieser „unterstellten“ Integrationstradition halten sich gemessen an dem Diskussionsumfang in Grenzen: keine 10 % der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden in diesen sog. integrativen Organisationsformen gefördert, während 90 % der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in speziellen Sonderschulen erfolgreich gefördert werden. Die zitierte Salamanca-Erklärung fordert: „Alle Regierungen

sind aufgefordert, höchstes Augenmerk auf eine zielgerichtete Verbesserung der Schulsysteme dahingehend zu richten, alle Kinder unabhängig von ihren individuellen Schwierigkeiten in das Regelsystem einzubeziehen“. Die Sonderschulen mit dem Auftrag der sonderpädagogischen Förderung sind Teil des gegliederten Schulwesens und damit Teil des Regelschulsystems. Außer den Schulen für Lernbehinderte und Geistigbehinderte arbeiten alle anderen Sonderschultypen nach den Richtlinien der allgemeinen Schulen. Ebenfalls wird durch die sonderpädagogische Förderung in speziellen Sonderschulen das Benachteiligungsverbot des GG Art. 3 Abs. 3 nicht verletzt.

Sonderpädagogische Förderung in allgemeinen Schulen und sonderpädagogische Förderung in speziellen Sonderschulen werden in NRW als gleichwertig aber nicht gleichartig nebeneinander gestellt.

Der Antragsteller hat nun die große Chance vertan, das gesamte Spektrum der sonderpädagogischen Förderung sowohl in den integrativen Formen des schulischen Lernens als auch die Förderung in speziellen Sonderschulen in die politische Diskussion beschreibend, bewertend und perspektivisch einzubeziehen. So wird nur ausschnitthaft ein kleines Spektrum der Förderung beleuchtet.

Der Antrag wurde vom Landtag nach einer wegen der wenig konkreten Darstellung erstaunlich einvernehmlich klingenden Diskussion zur weiteren Beratung an den Schulausschuss überwiesen. Ich hoffe, dass im Fachausschuss die nicht zu übersehenden Knackpunkte erörtert werden und nach Möglichkeit den Beteiligten Gelegenheit gegeben wird, sich zu dem Vorhaben noch äußern zu können.

(„Schule heute“ veröffentlicht auf den nächsten Seiten eine Stellungnahme zum oben behandelten Antrag der Regierungsfractionen)

3. Ferientermine familienfreundlich gestalten! (Antrag der SPD – Bündnis 90 / Die Grünen, Drs. 3/3709)

Der Landtag forderte die Landesregierung auf, die zurzeit geltende Ferienregelung zu überprüfen. Ziel ist eine familien- und schulfreundliche Lösung, die auch die Belange der Tourismusbranche und die Verkehrsentwicklung berücksichtigt. Eine solche Lösung soll in der Kultusministerkonferenz schnellstmöglich erreicht werden, um die zurzeit geltende Ferienregelung zu ersetzen.

4. Schulrechtsänderungsgesetz, ein umfangreiches und etwas sprödes Artikelgesetz,

das Änderungen über die Schulpflicht, über Aufbau und Gliederung des Schulwesens, über Kooperationsmöglichkeiten mit der Jugendhilfe und anderen Einrichtungen der Bildung, Erziehung und Förderung, über die Mitwirkung im Schulwesen, über Lehreraus- und -fortbildung, über den Bildungsgang in der Grundschule, über Ausbildung in der Sekundarstufe I, über Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs, über die Verarbeitung der Daten von Schülern, Lehrern und Eltern, über die Schülerfahrtkosten, über die Lernmittelfreiheit enthält, wurde zur weiteren Beratung dem Schulausschuss überwiesen. Allein diese Aufzählung belegt, wie sehr die Schulen und die in ihr arbeitenden Lehrer in ein Vorschriftendickicht eingebunden sind, das in einer nach Selbstständigkeit strebenden neuen Schule der Entflechtung bedarf.

Die Ankündigung, alle Bestimmungen mit einem Verfallsdatum zu versehen, trägt nur geringfügig zum Abbau von Bürokratie bei. Der Auftrag müsste besser lauten: Umgehende Kürzung der „Bereinigten Amtlichen Sammlung der Schulvorschriften“ um mindestens die Hälfte. Ich bin sicher, die Lehrer würden dieses in ihrem Dienstalltag nicht vermissen. Sie könnten die Zeit sinnvoller für die Vorbereitung ihres Unterrichts nutzen.

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der vorangegangenen Kolumne „Aus dem Landtag“ verabschiedet sich Hermann Grus. Er hat in den letzten Jahren als aktueller Berichterstatter das Geschehen im Landtag beobachtet und mit spitzer Feder kommentiert. Hermann Grus vollendet im Mai sein 70. Lebensjahr. Dies ist der von ihm gewünschte Zeitpunkt, sich aus der Arbeit für unsere Zeitschrift „Schule heute“ zurückzuziehen.

Wir bedanken uns für seine Unterstützung in den zurückliegenden Jahren und wünschen ihm für die Zukunft Gesundheit und Zufriedenheit.

Albert Bongard
Schriftleiter „Schule heute“

Udo Beckmann
Landesvorsitzender

VBE-Stellungnahme zum Antrag der Fraktionen der SPD und der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen stärken!

– Weiterentwicklung der Sonderpädagogischen Förderung –

Nach Durchsicht des vorliegenden Antrages der Fraktionen der SPD und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN lassen sich folgende Aussagen treffen:

Unter Punkt I des Antrages wird die aktuelle Situation sonderpädagogischer Förderung in Nordrhein-Westfalen nach der Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung sonderpädagogischer Förderung vom 22.05.95 dargestellt.

Hierzu hat der VBE in der Vergangenheit bereits dezidiert Stellung bezogen.

Der Paradigmenwechsel, nämlich an die Stelle der Ermittlung der Sonderschulbedürftigkeit die Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfes eines Kindes zu setzen, wurde begrüßt. Die Festlegung des den individuellen Bedürfnissen entsprechenden Förderortes, wobei von einer prinzipiellen Gleichrangigkeit und Gleichwertigkeit der Sonderschule und der allgemeinen Schulen ausgegangen wird, ist mit Problemen behaftet.

Jedoch sind die Rahmenbedingungen, unter denen der Gemeinsame Unterricht (GU) in den Schulen derzeit im Primarbereich stattfindet und wie er im SEK I-Bereich geplant ist, völlig unzulänglich.

Der VBE befürwortet eine integrative Beschulung nur bei durchgängiger Dop-

pelbesetzung mit einer Sonderschullehrkraft, qualifiziert in den erforderlichen Förderschwerpunkten.

Diese Forderung des VBE wird durch das Gutachten von Prof. G.W. Lauth gestützt durch die Aussage: „Das Zwei-Lehrer-System wird fraglos als notwendige Voraussetzung für den Gemeinsamen Unterricht gesehen. Stellvertretend für nahezu alle bundesrepublikanischen Experten formuliert Dumke (1992): „Ohne eine durchgehende Doppelbesetzung lässt sich in der Gesamtschule das beschriebene Konzept des integrativen Unterrichts auf Dauer nicht umsetzen (Dumke, 1992, S. 61).“ Dies wird vor allem durch die größere Leistungsbreite in den Integrationsklassen und die besonderen Förderbedürfnisse der behinderten Schülerinnen und Schüler begründet. Insofern ist das Zwei-Lehrer-System sowohl eine Voraussetzung als auch ein Garant dafür, dass notwendige Differenzierungsmaßnahmen (innere und äußere Differenzierung) umgesetzt werden (Lauth, 2002, Seite 47).“

Die Sonderpädagogische Fördergruppe sowie die Organisationsform der Sonderklasse sind in ihrer konzeptionellen Ausrichtung hinsichtlich der Integration behinderter Kinder nicht oder nur wenig geeignet und werden daher abgelehnt.

Der unter Punkt II beschriebene Handlungsbedarf führt zur Ausweitung des Gemeinsamen Unterrichtes in der Sekundarstufe I, was aus der Sicht der Regierungsparteien eine konsequente Fortführung des GU im Primarbereich darstellt. Ein sehr hohes Maß sozialer Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf scheint dabei die leitende Zielvorstellung darzustellen.

Mit der Schaffung der rechtlichen Grundlage für die Fortsetzung des Gemeinsamen Unterrichtes in der Sekundarstufe I bleiben die grundsätzlichen Bedenken gegen die bestehenden Organisationsformen der integrativen Beschulung in den abschlussbezogenen Bildungsgängen bestehen.

Ein Gesamtkonzept für die Integration von Menschen mit Behinderungen, welches sich vom Elementarbereich, über den Primar-, Sek I- / bzw. SEK II-Bereich bis hin zur beruflichen Integration erstreckt, ist nicht erkennbar. Die aufgezeigten Absichten bleiben somit Stückwerk ohne Anbindung an eine grundlegend veränderte Einstellung zur Erziehung und Förderung behinderter Kinder.

Die für eine angemessene Umsetzung der angestrebten Ziele erforderlichen notwendigen Rahmenbedingungen und

strukturellen Veränderungen sind unter den angegebenen Finanzierungsmaßnahmen nicht zu schaffen. Da die Ausweitung schrittweise erfolgen soll, werden keine umfassenden strukturellen Veränderungen vorgenommen werden, die aber für eine optimale Organisation des GU – zieldifferent in der Sekundarstufe I – erforderlich wären.

Der Anspruch auf eine qualitativ angemessene sonderpädagogische Förderung ist im Hinblick auf das personelle Kontingent wie auch auf die verschiedenen Förderschwerpunkte aufgrund der knappen Ressourcen nicht zu erfüllen. Zudem führen die im Differenzmodell festgelegten Stellenanteile je nach dem anerkannten Förderschwerpunkt eines Kindes zu einer Fortschreibung der deutlich schlechteren Bedingungen für lernbehinderte Schülerinnen und Schüler, da die Schüler-Lehrer-Relation an Lernbehindertenschulen im Vergleich zu Schulen mit anderen Förderschwerpunkten weitaus ungünstiger ist.

Es muss nachgefragt werden, wie die zusätzlichen 50 Stellen, die jährlich zur Verfügung gestellt werden sollen, im Haushalt des Landes NRW erwirtschaftet werden. (Wegen der fehlenden Vergleichbarkeit der Bedingungen im GU lässt sich die mögliche Verschlechterung gegenüber denen im Schulversuch nicht bestimmen.)

Selbst der so gewichtete Anspruch auf soziale Integration und wohnortnahe Beschulung ist mit den vorgegebenen Rahmenbedingungen nicht zu gewährleisten. Die Aussage, dass grundsätzlich langfristig an allen allgemeinen Schulformen der Sekundarstufe I eine integrative Lerngruppe eingerichtet werden kann, ist unmittelbar an das Vorhandensein der personellen und sächlichen Voraussetzungen gebunden. Mittelfristig soll in jedem Kreis, jeder kreisfreien Stadt zumindest ein qualifiziertes Integrationsangebot in allgemeinen Schulen der Sekundarstufe I vorhanden sein. Der genannte Anspruch auf wohnortnahe integrative Beschulung wird auf absehbare Zeit nicht eingelöst werden.

Die räumliche Distanz zwischen Wohnort und Schulort wird im Gutachten von Prof. Lauth als ein Kriterium für den Erfolg von Integration beschrieben.

Mit zunehmender Entfernung sinken die Chancen deutlich.

Darüber hinaus müssen neben der Bereitstellung von Differenzierungsräumen wesentliche Voraussetzungen innerhalb der Schule, wie zum Beispiel die Entwicklung eines Integrationskonzeptes, die breite Akzeptanz, die Bereitschaft zu hohem Engagement, Kooperation und intensiver Teamarbeit, die Umsetzung von Differenzierungskonzepten und hochdifferenzierten Individualisierungskonzepten, (siehe Gutachten Prof. G.W. Lauth, Seite 45 - 52), gegeben sein, um die Grundlage für eine erfolgreiche Integration überhaupt zu schaffen.

Die Realisierung der Integration erfordert oft weitere Anstrengungen, damit die integrative Beschulung gelingen kann.

Der gewählte Begriff „integrative Lerngruppe“ für das integrative Lernen stellt ein Vermengen der verschiedenen Organisationsformen, nämlich des Gemeinsamen Unterrichts und der Sonderpädagogischen Fördergruppe dar, die im Gutachten von Prof. Lauth bewusst getrennt dargestellt und bewertet worden sind.

Für beide Organisationsformen konstatiert Lauth, dass das Ausmaß an gemeinsamem Lernen in der Sekundarstufe I stetig sinkt von anfänglich 87 % in den Klassen 5 und 6 bis auf 40 - 60 % in den Klassenstufen 9 und 10 (siehe Lauth Seite 51). Für die Sonderpädagogische Fördergruppe gilt von anfänglich 75 % gemeinsamen Lernens in den Klassen 5 und 6 ein Absinken auf 63 % in den Klassen 9 und 10 im Durchschnitt (siehe Lauth, Seite 87-88).

„Beide Integrationsangebote lassen sich kaum mehr in ihrem Ausmaß an realisierter integrativer Beschulung unterscheiden (Lauth, Seite 107).“

Die Freiräume hinsichtlich der Organisation des integrativen Lernens sowie der Menge der aufzunehmenden Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf lassen eine Vielfalt von Formen zu, die durch die engen Ressourcen den Anforderungen nicht gerecht werden können. Die durchgängige Doppelbesetzung sowie die räumliche und sächliche Ausstattung werden im Gutachten als wesentliche

Bedingungen für die erfolgreiche integrative Beschulung ausdrücklich genannt (siehe oben).

Die kritischen Aussagen im Gutachten von Prof. Lauth werden im Antrag der Regierungsparteien an keiner Stelle berücksichtigt. Lauth beschreibt die Grenzen der Integrationsfähigkeit bei Kindern mit Behinderungen. So besagt das Gutachten eindeutig, dass Schülerinnen und Schüler mit massiven, aggressiven, delinquenten Verhaltensauffälligkeiten Probleme bereiten und diese in ihrem extremen Sozialverhalten angemessener in einer Sonderschule zu fördern wären. (Seite 40, 26-29)

Lauth weist auch darauf hin, dass Eltern ihre Kinder an der entsprechenden Sonderschule besser gefördert sehen und den Wechsel des Förderortes gefordert haben.

Lauth äußert sich auch kritisch hinsichtlich der Schulformen in der Sekundarstufe I bezüglich deren Möglichkeiten, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu unterrichten.

Gesamtschulen scheinen sich besser für den Gemeinsamen Unterricht zu eignen (Seite 35). Lauth stellt die Frage, ob Hauptschulen überhaupt in Frage kommen für Integrationsmaßnahmen (Seite 37). Sie sollten jedoch nicht ausgeschlossen sein. Schulen ohne ein von allen getragenes Integrationskonzept könnten seiner Meinung nach nicht erfolgreich sein.

Es ist unstrittig, dass die Entscheidung über den sonderpädagogischen Förderbedarf und den Förderort immer nur im Einzelfall zu treffen ist, und der Förderort Sonderschule ebenso gerechtfertigt sein wird. Vor diesem Hintergrund befremdet die geplante gesetzgeberische Maßnahme des Quotencontrollings. Hierbei kann es sich nur um ein überaus unangemessenes Instrument handeln, um Schülerlaufbahnen zu steuern. Es scheint sich hierbei um eine fiskalische Maßnahme zu handeln, die deutlich teurere sonderpädagogische Förderung zu deckeln. Das Quotencontrolling ist in jedem Fall abzulehnen.

Vielmehr gilt es, in Verantwortung die pädagogische Frage nach dem notwendigen sonderpädagogischen Förderbedarf und dem Förderort zu klären.

Die Absichtserklärung, den Förderbe-

darf in den Förderschwerpunkten „Lernen“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ ganz in den Regelschulen abzudecken, ist als unrealistisch zu erachten.

Diesen beabsichtigten Maßnahmen ist energisch zu widersprechen. Der Erhalt der Sonderschulen auch in diesen Förderschwerpunkten im Primarbereich ist zu fordern.

Die Ergebnisse aus dem Abschlussbericht zum Schulversuch Förderschule lassen eine flächendeckende erfolgreiche Errichtung von Förderschulen entsprechend des Schulversuches nicht zu. Daher ist die nun genannte Möglichkeit der Neueinrichtung von Förderschulen mit 2 oder 3 Förderschwerpunkten in gemeinsamer Form dringend zu hinterfragen. Es gibt keine Anhaltspunkte, die diese Neuerrichtung rechtfertigen.

Die Umbenennung der Sonderschulen in Förderschulen in Verbindung mit den entsprechenden Förderschwerpunkten laut KMK-Empfehlung ist zum jetzigen Zeitpunkt opportun. Es entspricht dem Wunsch der Gesellschaft, erneut ein Zeichen gegen die Stigmatisierung zu setzen. Auf Dauer wird dadurch jedoch keine wirkliche Veränderung in der Grundhaltung der Gesellschaft erreicht werden.

Nachrichten

FDP: Streichung der Kindergartenbeiträge

Der VBE hat den Vorschlag der FDP begrüßt, Kindergartenbeiträge für Eltern abzuschaffen. Dieser Vorschlag macht vor allem vor dem Hintergrund Sinn, dass der Elementarbereich ein Teil des Bildungssystems ist, dessen Bedeutung gerade nach PISA von allen politisch Verantwortlichen herausgestellt worden ist.

Der Verband betonte, dass der Elementarbereich und die Grundschule das Fundament des Bildungswesens seien. Von daher ist es nicht nachzuvollziehen, dass ein Hochschulstudium gebührenfrei ist, während für den Kindergarten bezahlt werden muss.

Zunehmende Verstimmung an „Selbstständigen Schulen“

Eine zunehmende Verstimmung an den Schulen, die am Modellprojekt „Selbstständige Schule“ teilnehmen, hat der VBE NRW festgestellt. Besonders am Projekt beteiligte Grundschulen klagen darüber, dass das Land seine Zusagen nicht einhält. Sie kritisieren, dass ihnen von der Schulaufsicht verweigert wird, nicht besetzte Stellen, wie ursprünglich in den Kooperationsverträgen vereinbart, zu kapitalisieren – mit dem Hinweis, der Grundschulbereich sei insgesamt zurzeit überbesetzt.

Diese Praxis führt an den Schulen zunehmend zu Verstimmungen, weil man sich gerade von diesem Projekt erhofft hatte, die personellen und sächlichen Ressourcen voll ausschöpfen zu können.

Der VBE hat für die Haltung der Bezirksregierungen kein Verständnis und fordert Ministerin Schäfer auf, dafür Sorge zu tragen, dass die am Projekt beteiligten Schulen in die Lage versetzt werden, ihre Vorhaben gemäß der vertraglichen Vereinbarung zwischen Schulträger und Land umzusetzen. Die Landesregierung müsse ansonsten damit rechnen, dass etliche Schulen aus dem Projekt aussteigen.

Zunehmende Schulraumnot in NRW

In Nordrhein-Westfalen droht eine neue Schulraumnot. Auf die Schulen kommen täglich neue Aufgaben zu, die einen erhöhten Raumbedarf nach sich ziehen und teilweise eine spezielle Raumausstattung erfordern. Das gilt für Maßnahmen wie zum Beispiel 13plus, Beruf und Schule (BUS) oder Sprachförderkurse. Diese Zusatzangebote stellen Schulen immer mehr vor unlösbare Raumprobleme.

Im Hauptschulbereich können mit dem normalen Raumprogramm oft nicht einmal die massiv gestiegenen Schülerzahlen – die unter anderem durch die übermäßig vielen Schulformwechsler verursacht sind – angemessen aufgefangen werden. So sind immer mehr Hauptschulen mittlerweile gezwungen, sogar Fachräume zu Klassenräumen umzuwidmen, was wiederum zu Lasten eines ordnungsgemäßen Fachunterrichts geht. Wenn dann die Schule zum Beispiel noch einen Mittagstisch zu organisieren oder Räume für Betreuungsangebote vorzuhalten hat, wird es kritisch.

Der VBE fordert deshalb die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, dass die Schulträger durch veränderte, an die neuen Anforderungen angepasste Schulbaurichtlinien gezwungen werden, entsprechende Räumlichkeiten zu schaffen.

Jugend der Welt kommt nach Düsseldorf

„Düsseldorf und Umgebung wird vom 23. bis zum 30. August Gastgeber der Jugend der Welt sein.“ In dieser Zeit werden sich rund 2.500 Jugendliche aus 30 Ländern zur „II. Internationalen Jugend Delphiade“ treffen, die im Auftrag des IDC (International Dephic Council) in Deutschland ausgerichtet wird. Bei diesen Jugendspielen steht der kulturelle Austausch junger Menschen aus verschiedenen Ländern der Welt im Vordergrund. Die Jugendlichen messen sich in verschiedenen Kategorien der 6 Delphischen Disziplinen: Darstellende Künste, Soziale Künste, Sprachliche Künste, Handwerkliche Künste, Bildende Künste sowie Ökologische Künste. Im Jahr 2000 ist es dem IDC erstmals gelungen, in Moskau „Delphische Spiele“ der Neuzeit durchzuführen. Tbilisi/Georgien hat 1997 die 1. Internationale Jugend-Delphiade, unter der Schirmherrschaft von Präsident Eduard Schewardnaze, ausgerichtet. Die III. Internationale Jugend-Delphiade wird 2007 in Johannesburg/Südafrika unter der Schirmherrschaft von Nelson Mandela stattfinden.

Mitgliederversammlung SV Bielefeld 2003

In der Grundschule „Am Homersen“ fand die diesjährige Mitgliederversammlung des VBE-Stadtverbandes Bielefeld statt. Der Vorsitzende Martin-Theodor Seifert gab einen Überblick über das vergangene Jahr, das sich durch wachsende Mitgliederzahlen und gut besuchte Fortbildungsveranstaltungen auszeichnete. Als Gast referierte Andrea Langhans, stellvertretende Vorsitzende des VBE in Nordrhein-Westfalen sowie Vorsitzende des Hauptpersonalrates G/H, über aktuelle bildungspolitische Themen aus Sicht des Verbandes. So betonte sie,



V. links: Gernot Schäfermeier, Andrea Langhans (Referentin), Christel Böning, Heinrich Behrens, Lucia Menne (Erzieherin, Vorstandsmitglied), Martin-Theodor Seifert (Vorsitzender)

dass der VBE den Beamtenstatus für Lehrkräfte als unverzichtbar ansieht, dass sich aus der PISA-Studie die Notwendigkeit des Förderns wie des Forderns ergibt und dass der VBE eine Zweigliederung des Schulsystems seit langem für effizient hält. Anschließend wurden Mitglieder für langjährige Mitgliedschaft geehrt.

Die Veranstaltung klang aus in engagierter Diskussion und informativen Gesprächen über Fragen von Schule und Erziehung.

Jörg Steffen

VBE Lennestadt

Vorzeitig endete im VBE-Ortsverband Lennestadt die „Ära Achim Florath“. Unter seiner Führung hatten sich die Mitgliederzahlen erfreulich nach oben bewegt. Weil er vor Jahresfrist in den wohlverdienten Ruhestand trat, hatte er auch sein Amt als Ortsverbandsvorsitzender niedergelegt. Zu seiner Nachfolgerin wurde auf der Jahreshauptversammlung 2002 die bisherige Schriftführerin Elisabeth Blume gewählt. Den Posten der Schriftführerin übernahm Gabriele Biermann-Kreutz. Um wieder in den satzungsmäßigen Turnus der Wahlen zu kommen, mussten sich beide Vorstandsmitglieder bereits nach einem Jahr wieder zur Wahl stellen. Dass Versammlungsleiter Hubert Berg nach ihren ausführlichen Rechenschaftsberichten die einstimmige Wiederwahl feststellen konnte, bedeutete eine Anerkennung ihrer guten Arbeit im ersten Amtsjahr. Die Kassensprüfer bescheinigten Kassenswart Willi Vahland einwandfreie Amtsführung und einen zufriedenstellenden Kassenbe-

stand. Er erlaubte sogar ein gemeinsames Essen am Schluss der Versammlung.

Elisabeth Blume bedankte sich für die hervorragende Zusammenarbeit im Vorstand. Zu ihren ersten Amtshandlungen nach der Wiederwahl zählte die Ehrung von zwei Jubilaren. Für 40-jährige Treue zeichnete sie Werner Schulte mit der silbernen Ehrennadel des Verbandes aus. Siegfried Knapstein erhielt die Ehrennadel für 25-jährige Mitgliedschaft. Den Glückwünschen schloss sich die stellvertretende Vorsitzende des VBE-Bezirks-

verbandes Ursula Meier an. Sie hob die Treue der Pensionäre zum VBE hervor, auf deren Unterstützung der Verband angewiesen sei, um sich wie bisher erfolgreich für seine Mitglieder einsetzen zu können. Ziel des Bezirksverbandes sei es deshalb unter anderem, im Bezirkspersonalrat zahlenmäßig noch stärker vertreten zu sein. Bei der Gelegenheit sprach sie auch aktuelle Themen wie Starterklassen, Schulkindergärten und Besoldung an. Die Anhebung der Kostendämpfungsbeträge um 50 Prozent und die Verschiebung der Angleichung der Besoldung an die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst kritisierten die Lehrer als Zumutung.

Der Ortsverband Lennestadt kümmert sich nicht nur um Fortbildungsveranstaltungen, bei ihm kommen auch Kultur und Geselligkeit nicht zu kurz. Die Stammtische im Frühjahr und Herbst haben schon Tradition.

Walter Ackerschott



Die wiedergewählten Vorstandsmitglieder Gabriele Biermann-Kreutz (li.) und Elisabeth Blume (re.) mit den Jubilaren Siegfried Knapstein und Werner Schulte sowie Kassenswart Willi Vahland (Mitte)

Anyone going to London?

O!KAY!-Bus des Domino-Verlages und des VBE in Münster vom 10.03.03 bis 14.03.03

Dieses Mal war es der englische Schauspieler aus Derby Lloyd Lee, der den Schaffner im knallroten Original-Doppeldeckerbus der Linie 307 – Fahrtziel Piccadilly Circus – mimte und den Schüler/innen die Tickets für die virtuelle Stadtrundfahrt durch London verkaufte. Typisch englisch standen die Drittklässler Schlange, warteten darauf einzusteigen und baten mit dem Zauberwort „Can I have a ticket, please?“ um die Mitfahrt.

Lautes Gebell eines Hundes im unteren Teil des Busses erregte die Aufmerksamkeit der Kinder. Schnell war die Kommunikation zwischen dem „native speaker“, den Wachsfiguren aus Madame Tussauds berühmtem Figurenkabinett und den Schülern hergestellt. Das Eis war gebrochen. Nach dem etwas turbu-



lenten Beginn ging es in der ersten Etage weiter mit der Rundfahrt durch London über Buckingham Palace, Trafalgar Square, Tower Bridge, St. Paul's Cathedral, Houses of Parliament, Westminster Abbey zum Ende der Rundfahrt Piccadilly Circus. Immer wieder wurde die Klingelleiste betätigt, sobald die begei-



sterten Kinder die Objekte wiedererkennen konnten.

Bei einer Einführungsveranstaltung war den beteiligten Schulen das Projekt nahe gebracht worden. Nach den einleitenden Worten von Schulrätin Brunhilde Jacobi und dem Vorsitzenden des Stadtverbandes Münster, Herrn Werner Abbing, nahmen die anwesenden Lehrerinnen und Lehrer an einer Probefahrt bei Lloyd Lee teil. Auch jetzt wurde kräftig geklingelt!

Eine gut umgesetzte und gelungene Idee.

Elke Haase

If You're Happy – Songs, Rhymes and Games

Herausgegeben von Reinhard Horn, Reinhild Pähler, Detlef Rediker und Janet Wördenweber



Die ideale Materialsammlung für den Anfangsunterricht im Fach „Englisch“: 26 englische Lieder bieten die Möglichkeit, diese Fremdsprache singend zu lernen und zu erfahren. Lieder zur Begrüßung, zu den Zahlen, zu Wochentagen und Monaten, zum Alphabet, zu Farben, zu den Körperteilen oder auch ganz einfache Bewegungslieder – eben: If You're Happy and You Know It, Sing a Song!

16 englische Reime und zehn englische Spiele, wie z. B. „I Spy With My Little Eye“, bieten weitere Möglichkeiten, mit Kindern in der Grundschule „spielend“ Englisch zu lernen.

Und damit das Singen noch mehr Spaß macht, gibt es sowohl die besungene CD (gesungen von „Native Kids“) – auch die Reime werden von „Native Speakers“ gesprochen – und die Playback-CD mit allen Strophen aller Lieder.

Zu dem Buch gibt es 42 Kopiervorlagen zum Unterrichtseinsatz in der Klasse.

If You're Happy – Englische Lieder, Reime und Spiele für den Anfangsunterricht.

CD	13,20 EUR	Best.-Nr.: 9010
Liederbuch	11,20 EUR	Best.-Nr.: 2017
Playback-CD	15,20 EUR	Best.-Nr.: 9011
Kopiervorlagen	23,00 EUR	Best.-Nr.: 2018

Paketpreis
(alle 4 Produkte zusammen) 55,00 EUR Best.-Nr.: 2090

Bestellungen an:

VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247
44141 Dortmund

Telefon: 0231 – 42 00 61
(mo. bis do. 9.00 – 13.00 Uhr)
Telefax: 0231 – 43 38 64

<http://www.vbe-verlag.de>
mit Online-Shop
E-mail: info@vbe-verlag.de

Portofreier Mindestbestellwert 10,- EUR, andernfalls Porto- und Versandkostenpauschale 2,60 EUR.

Mehr Zeit für Reformen

Jahreshauptversammlung des VBE Siegen-Wittgenstein

Auf seiner Jahreshauptversammlung sprach sich der VBE Siegen-Wittgenstein gegen jede Hektik in der derzeitigen Weiterentwicklung des Schulwesens aus. Der Verband Bildung und Erziehung konnte bereits bei der Schulministerin erreichen, dass die flexible Schuleingangsphase erst ein Jahr später als geplant eingeführt wird: „Es besteht einfach noch erheblicher Beratungsbedarf.“

Vehementen Widerspruch hat der VBE gegen die ersatzlose Schließung der Schulkindergärten erhoben: „Die normale Klasse kann dann die individuell angemessene Förderung so unterschiedlicher Schüler einfach nicht leisten.“ In der landesweiten Unterschriftenaktion haben auch viele Lehrerinnen und Lehrer unserer Region dies der Schulministerin gegenüber deutlich gemacht. Zugleich sind auch die heimischen Landtagsabgeordneten vom VBE darauf angesprochen worden. Als zukunftsfähig stellt der VBE ein eigenes Modell zur veränderten Schuleingangsphase vor: die „Starterklasse“ für alle 5-jährigen Kinder. Sie könne die Schulfähigkeit individuell entwickeln und die Effektivität der gesamten Lernzeit in der Grundschule erhöhen.

Kreisvorsitzender Hans-Otto Kämpfer konnte auf rege Vorstandsarbeit und zahlreiche Aktivitäten im vergangenen Jahr zurückblicken und hob dabei den erfolgreichen Kreislehrertag mit Professor Struck zum Thema „Nach PISA –

wie Kinder heute lernen“ hervor. Der besondere Dank des Vorsitzenden galt dem scheidenden Rechtsberater Dieter Sassenberg und – für die aufwendige Umstellung des Kassenwesens auf EDV – dem Kassierer Karl Pongratz. Bei den anstehenden Wahlen wurde die stellvertretende Kreisvorsitzende Ute Höpfner-Diezemann wiedergewählt, stellvertretender Kassierer wurde Rolf Zimmermann, und Karl Pongratz wurde in seinem Amt als Kassierer bestätigt.

Zehn Mitglieder wurden für 10- bzw. 25-jährige Mitgliedschaft geehrt. Für 40-jährige Verbandszugehörigkeit konnten Hans-Otto Kämpfer und Joachim Gerstendorf die Kolleginnen Evelyn Beyer und Irmtrud Reinelt ehren: „Die Treue der Mitglieder gibt dem VBE Stärke. Über 20.000 haben ihn zum stärksten Lehrerverband im DBB-NRW gemacht.“

Bezirksvorsitzender Joachim Gerstendorf betonte in seinem Grußwort u. a. die Forderung des VBE: „Lehrerinnen und Lehrer müssen Beamte bleiben.“ Entgegen den Empfehlungen der Bull-Kommission gelte: Das Schulwesen unterliegt der Aufsicht des Staates, Lehrerinnen und Lehrer erfüllen eine zentrale staatliche und hoheitsrechtliche Aufgabe und müssen gesellschaftspolitisch unabhängig sein. Zu einem erhofften Sparpotenzial bei Umstellung auf den Angestelltenstatus müsse man wissen: Die Bruttogehälter der Beamten sind etwa um den Betrag



Von links: Hans-Otto Kämpfer, Irmtrud Reinelt, Evelyn Beyer und Joachim Gerstendorf anlässlich der Ehrung für 40-jährige Mitgliedschaft im VBE.

der Sozialversicherungsbeiträge niedriger als die Bezüge vergleichbarer Angestellter in der freien Wirtschaft.

Zur geforderten Ganztagschule berichtete Gerstendorf: Sie komme im Regierungsbezirk Arnsberg erst zögerlich, weil die Kommunen die Folgekosten zurzeit überhaupt noch nicht abschätzen könnten. Die Lehrereinstellungspolitik in NRW nannte er kurzsichtig: Junge Kolleginnen und Kollegen würden nicht eingestellt und wandern in benachbarte Bundesländer ab – und in naher Zukunft drohe Lehrermangel: „Wir brauchen gerechte Chancen und eine neue Attraktivität für den Lehrerberuf!“

Ute Höpfner-Diezemann

Mitten im Leben sind wir vom Tod umfängen.

Nachruf

Rektor i. R. Franz Josef Pasel



Der Verband Bildung und Erziehung verliert in Franz Josef Pasel plötzlich und unerwartet einen langjährigen Mitarbeiter im Vorstand des Stadtverbandes Bottrop.

Seit 1961 gehörte er dem Vorstand an, nahm verschiedene Funktionen wahr und fungierte bis zu seinem Tod als Pressereferent.

Darüber hinaus war er von 1976 bis zu seiner Pensionierung Mitglied im örtlichen Personalrat Grund- und Hauptschule.

Wir verlieren in ihm einen bis zuletzt engagierten Kollegen und Freund.

Für den VBE-Stadtverband Bottrop

**Gertrud Heek,
Vorsitzende**

„Zum Lesen verlocken“

190 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Lesekongress in Münster

Unter dieses Motto stellte der Bezirksverband Münster am 21. März 2003 den von der Stiftung Praktisches Lernen der Schul-Jugendzeitschriften FLOHKISTE und FLOH sowie dem VBE-Landesverband getragenen Lesekongress in Münster.

Die Bezirksvorsitzende Roswitha Lührmann freute sich in ihrer kurzen Rede zu Beginn über den ausgesprochen regen Zuspruch. „Mit einer solchen Resonanz bei den Kolleginnen und Kollegen haben wir nicht gerechnet!“ führte sie aus. Das Begegnungszentrum „Meer-

Mittelpunkt – festgemacht an persönlichem Erleben sowie an den Ergebnissen der PISA-Studie.

In allen Reden wurde die immense Bedeutung der Lesekompetenz für alles weitere Lernen hervorgehoben. So wie ein Athlet durch ständiges Training seine Technik, seine Leistung zu steigern in der Lage ist, kann auch die Lesekompetenz durch stetes Lesetraining gesteigert werden. In den Elternhäusern muss die „neue“ (al-

Fazit dieser gelungenen Veranstaltung aus dem Munde einer Teilnehmerin: „Ich habe eine Menge neuer Anregungen und Ideen für die praktische Arbeit in meiner Klasse erhalten und gleichzeitig festgestellt, dass ich – trotz PISA – auf einem durchaus richtigen Weg mit meinen Kindern bin.“

Roswitha Lührmann



wiese“ in Münster, wo die Eröffnung und auch drei Arbeitskreise stattfanden, erwies sich als idealer Veranstaltungsort. Dank der Unterstützung durch die Stadt Münster und des Schulleiters, Verbandskollege Uwe Sohr, konnten für die weiteren Arbeitskreise Räumlichkeiten in der nahen Melanchthonschule genutzt werden.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Möglichkeit, zwischen 7 verschiedenen Angeboten auszuwählen wie: Rucksackbücherei und Lesepläne, Kinder- und Bilderbuchprojekte, Erzählen mit dem Kamishibai, Zum Lesen durch Comics, kreative Wege der Leseförderung, durch Methodenvielfalt zur Leseförderung etc. sowie dem Lesefitness-Training des Domino-Verlages. Wegen der doppelten Durchführung jedes Arbeitskreises konnte jede Kollegin / jeder Kollege an zwei verschiedenen Workshops teilnehmen.

In ihren Grußworten stellten Günter Brinek vom Domino-Verlag, der VBE-Landesvorsitzende Udo Beckmann sowie LRSD Berndt in Vertretung für den Regierungspräsidenten die Bedeutung der Schlüsselqualifikation „Lesen“ in den

te) Erkenntnis wieder Platz greifen, wonach ohne Lesefähigkeit der weitere Lebensweg nicht so erfolgreich verlaufen wird. Denn auch für die sinnvolle Nutzung der neuen Medien ist die Lesekompetenz unabdingbare Voraussetzung.

Das Grundsatzreferat hielt Heribert Ossowski, lange Jahre für den VBE tätig als Leiter des Bundesreferates „Kinder- und Jugendliteratur“. Er wies u. a. insbesondere darauf hin, dass den Schulen entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen müssen, um über eine gut ausgestattete Schulbücherei auch jene Schülerinnen und Schüler zum Lesen zu verlocken, die ansonsten kaum oder keinen Zugang zu Büchern finden. Er unterstrich aber auch, dass die Schulen wieder stärker Sachtexte im Unterricht behandeln müssen.



„Verrückt? Na und!“ - Ein Schulprojekt sensibilisiert Jugendliche für psychische Gesundheit

Das Schulprojekt „Verrückt? Na und!“ des gemeinnützigen Vereins „Irrsinnig Menschlich e.V. - Verein für Öffentlichkeitsarbeit in der Psychiatrie“ aus Leipzig schafft Begegnungen zwischen psychisch erkrankten Menschen und Schülern und fördert Verständnis gegenüber Betroffenen.



Dass das Konzept des Schulprojekts aufgeht, zeigen nicht nur die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung sondern auch Anfragen von Schulen aus dem gesamten Bundesgebiet. „Verrückt? Na und!“ kann tatsächlich Vorurteile abbauen und Einstellungen verändern. Daher wird das Schulprojekt nun auch bundesweit angeboten.

„Verrückt? Na und!“ wird ausschließlich durch Spenden finanziert. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit, denn psychisch erkrankte Menschen brauchen dringend unsere und Ihre Hilfe.

Spendenkonto Irrsinnig Menschlich e.V.:
Dresdner Bank Leipzig
BLZ 860 80 000
Konto 151 208 000

**Infos unter: Tel. 0341 / 222 89 90
E-Mail: info@irrsinnig-menschlich.de**

Reaktionen auf PISA-Studie in NRW: Flickwerk

In der Jahreshauptversammlung des VBE-Ortsverbandes Arnsberg beklagten die anwesenden Lehrerinnen und Lehrer, dass die Reaktionen der Landesregierung auf die PISA-Studie nicht die Probleme lösen helfen, die die Studie aufgedeckt hat. Jede Interessengruppe greift Einzelthemen der Studie auf und versucht, ihren Anliegen entsprechende punktuelle Veränderungen durchzusetzen, die dazu auf Grund der Haushaltslage der öffentlichen Kassen nach Möglichkeit nichts kosten dürfen. „Es wird an Symptomen herumkuriert, ohne den Ursachen auf den Grund zu gehen und das kranke Schulsystem im Rahmen einer auf konkreten Untersuchungen beruhenden Konzeption zu heilen,“ so der Vorsitzende Heinz Günter Nies.

Klaus Kaiser (MdL) machte in seinem Referat zur Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen deutlich, dass die Maßnahmen der Landesregierung zur PISA-Studie ein durchgängiges pädagogisches Konzept vermissen lassen. Neue Verordnungen und Erlasse würden den Schulen und damit den Lehrerinnen und Lehrern „übergestülpt“, statt sie mit ihnen gemeinsam zu entwickeln und zu erproben. So sei und bleibe zum Beispiel die Einführung der offenen Ganztagschule im Primarbereich eine medienwirksame Maßnahme, die sich aber als „Mogelpackung“ erweise, wenn man bedenke, dass nicht zusätzlich Pädagogen und Erziehungs-

kräfte dafür eingestellt werden, sondern schulfremde Personen die Mädchen und Jungen am Nachmittag „betreuen“ sollen. Hinzu komme die verbleibende finanzielle Belastung der Kommunen, die durch die Beteiligung der Eltern mit bis zu 100,- EUR gemildert werden können.



Dass gerade Eltern, deren Kinder auf eine Ganztagschule angewiesen sind, das nicht zahlen können, findet keine Berücksichtigung.

Kaiser forderte, dass zunächst alle Schulen im Lande durch Neueinstellungen mit ausreichend Lehrkräften versorgt werden müssten und anschließend – auch durch schulorganisatorische Maßnahmen – die Qualität von Unterricht verbessert werden müsse. Die dafür erforderlichen Finanzmittel seien durch Umschichtungen und Einsparungen aufzubringen. Das Bundesland Hessen sei ein Beispiel dafür, wie man diese Ziele erreichen könne.

Die sich anschließende rege Diskussion führte zu der Absprache, weiterhin im Gespräch zu bleiben.

Im Rahmen der Versammlung konnte einigen Mitgliedern für langjährige Treue zum Lehrerverband gedankt werden. Neben den entsprechenden Urkunden überreichte ihnen der Vorsitzende Buchgutscheine.

Es wurden geehrt die Kollegen/innen

für 50-jährige Mitgliedschaft: Erhard Jaekel, Josef Hendricks, Rudolf Krämer.

40 Jahre Mitglied im VBE ist: Helma Bucker.

Für 25-jährige Mitgliedschaft geehrt wurden folgende Lehrerinnen und Lehrer:

Alfred Bergkemper, Elke Börger, Susanne Schröder, Marita Schulte-Borghoff, Konrad Bade und Magdalene Bade.

Bei den turnusmäßigen Vorstandswahlen gab es keine Veränderungen. Alle Vorstandsmitglieder wurden in ihren Ämtern bestätigt: Anne Deimel, Stellvertretende Vorsitzende; Siegfried Reimann, Schriftführer; Christa Knöfel, stellvertretende Kassiererin; Christiane Couley, Beauftragte für Sonderschulfragen und Konrad Bade als Beisitzer.

Zum Abschluss lud der Vorsitzende die anwesenden Lehrerinnen und Lehrer herzlich zur Teilnahme an der nächsten Personalversammlung für Lehrerinnen und Lehrer an Grund- und Hauptschulen im Hochsauerlandkreis ein, die in der Johannes-Schule in Arnsberg stattfindet.

Heinz Günter Nies

50 Jahre Mitglied im VBE-Stadtverband Mönchengladbach

Bei der letzten Mitgliederversammlung des VBE-Stadtverbandes Mönchengladbach konnte die Vorsitzende Bärbel Mevissen acht Jubilare begrüßen, die seit 50 Jahren Mitglied im Verband sind. Sie erhielten als kleines Dankeschön für ihre Treue zum VBE ein Buchgeschenk und eine Urkunde des Stadtverbandes.

Manfred Drehsen



Unser Foto zeigt von links: Hans Hompesch, Otto Lehen, Alfons Schaffrath, Magdalena Zermahr, Theo Telaak, Bärbel Mevissen, Vorsitzende des VBE-Stadtverbandes Mönchengladbach, Walburga Zenzes, Josef Hollmann und Gerd Hoeps.

Sagen Sie uns Ihre Meinung

VBE-Umfrage zur Schulstruktur

PISA und IGLU haben in der Politik eine neue Schulstrukturdebatte ausgelöst. Ein schlüssiges Gesamtkonzept ist bisher nicht erkennbar.

Deshalb sind Sie als Fachleute gefragt.



VBE-Umfrage unter: www.schulstruktur.de

VBE

Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW